

# Drei Perioden der Theoretisierung imperialistischer Politik

## I. Erste Periode 1875 bis 1945

### 1. Historischer Hintergrund

Die Epoche von 1870 bis 1945 wurde von der Durchsetzung des kapitalistischen Weltsystems geprägt, das im Zuge eines doppelten Durchbruchs seine Gestalt gewann: Erstens der wissenschaftlich-industriellen Revolution und zweitens der politischen Revolutionen, die in Frankreich 1789 und in den ehemaligen nordamerikanischen britischen Kolonien 1776 ihren Ausgang nahmen.

Einen charakteristischen geistigen Ausdruck erhielt die Durchsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise im Liberalismus und einem verbreiteten Fortschrittsglauben. Das Signum des 19. Jahrhunderts war das der Veränderung, die in dem kapitalistischen Fortschritt, mit dem kulturelle Entwicklungen wie beispielsweise die Emanzipation des geistigen Lebens von der Religion einhergingen, eine materielle Basis besaß und in der Bevölkerung auf Anerkennung stieß. Die kapitalistische Moderne sollte Gerechtigkeit und Frieden befördern. Veränderung war gleichbedeutend mit „Fortschritt“, und genau dieser, so die Einschätzung vieler Zeitgenossen, nährte die Hoffnung auf ein Ende kriegerischer Konflikte. Das Fortschrittsdenken entwickelte sich allgemein zur vorherrschenden nationalen Ideologie. Die gesellschaftlichen Zukunftsaussichten stimmten zuversichtlich. Rückblickend sprachen viele der Überlebenden der Zeit vor 1914 sehnsüchtig von der „Belle Époque“.

Dennoch reifte in dieser Periode eine Ära des beispiellosen Krieges heran – die Jahre 1914 bis 1945 sind von Arno Mayer treffend als „Dreißigjähriger Krieg des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet worden –, eine Entwicklung, die in der bürgerlichen Öffentlichkeit kaum antizipiert wurde (Mayer 1984).<sup>4</sup> Damit war der Boden bereitet für

---

<sup>4</sup> Freilich kam es vor allem außerhalb Europas auch schon vor 1914 zu Kriegen und Gewaltexzessen im Namen der Zivilisation und des Fortschritts.

eine Krise liberaler Ideen. Vieles davon, was sich im Wandel des politischen Bewusstseins des Bürgertums ausdrückte, hatte mit der sich entwickelnden Rolle des Einzelstaates im Zeitalter der sich verschärfenden ökonomischen wie geopolitischen Konkurrenz und des Aufkommens der Arbeiterbewegung zu tun. Verlangt wurde nun ein starker „Staat, der über die Massen eine wirkliche Autorität ausübt und der jederzeit fähig ist, eine ‚rote‘ Rebellion niederzuwerfen. Der moderne Großkapitalist verlangt ferner, dass der Staat ihm durch Zölle die fremde Konkurrenz fernhält und durch eine erfolgreiche Außen- und Kolonialpolitik ihm neue Märkte erschließt“ (Rosenberg 1962, 229).

Mit dem Übergang zum „Zeitalter des Imperialismus“ änderte sich nicht nur die Konzeption des Staates, sondern auch die der Politik. Sie fand einen zugespitzten ideologischen Ausdruck in der Blüte des „Neomachiavellismus“ (Deppe 1999, 374), in dem Politik als „ewiger“ Machtkampf zwischen den Klassen und Nationen betrachtet wurde. Politisches Agieren galt letztlich als Gewalthandeln in Konstellationen mit extrem divergierenden Interessen, die nicht mehr durch Diskussion, Verhandlung und schließlich Kompromissfindung, sondern nur noch durch die Anwendung direkter Gewalt, durch Sieg oder Niederlage, Überleben oder Vernichtung entschieden werden konnten.<sup>5</sup> Die Dauerkrise ab 1914 vertiefte die

---

<sup>5</sup> Max Weber, der sich der Krise des Liberalismus bewusst war, kennzeichnete diesen machtbetonenden, sozialdarwinistischen Etatismus 1895 in seiner akademischen Antrittsrede: „Nicht Frieden und Menschenglück haben wir unseren Nachfahren auf den Weg zu geben, sondern den *ewigen Kampf* um die Erhaltung und Emporzüchtung unserer nationalen Art. Und wir dürfen uns nicht der optimistischen Hoffnung hingeben, dass mit der höchstmöglichen Entfaltung wirtschaftlicher Kultur bei uns die Arbeit gethan sei und die Auslese im freien und ‚friedlichen‘ ökonomischen Kampfe dem höher entwickelten Typus alsdann von selbst zum Siege verhelfen werde [...] *Machtkämpfe* sind in letzter Linie auch die ökonomischen Entwicklungsprozesse; die Machtinteressen der Nation sind, wo sie in Frage gestellt sind, die letzten und entscheidenden“ (Weber 1993, 560). Später bezog Weber diese Position auf die Begründung, warum imperialistische Politik notwendig sei: „[J]ede erfolgreiche imperialistische Zwangspolitik nach außen stärkt normalerweise mindestens zunächst auch ‚im Innern‘ das Prestige und damit die Machtstellung und den Einfluß derjenigen Klassen, Stände, Parteien, unter deren Führung der Erfolg errungen ist“ (Weber 1964, 527).

Wirkmacht etatistischer Philosophien. Politisch beförderte dies den Aufstieg konservativer und reaktionärer Ideen. Die entstehenden faschistischen Massenbewegungen knüpften an diesen Ideen an und radikalisierten deren Inhalt weiter.<sup>6</sup>

Im Folgenden werden einige Kerncharakteristika der Zeit nach 1875 dargestellt, *erstens* die konkurrierenden Großmächte in einer sich ausbildenden Weltwirtschaft, *zweitens* die Schaffung von Kolonialreichen und *drittens* das Wachstum staatlicher Aktivitäten.

## Eine ökonomisch und politisch multipolare Welt

Die Mitte des 19. Jahrhunderts markierte einen Höhe- und Wendepunkt des von den späteren Imperialismustheoretikern als „klassisch“ bezeichneten Kapitalismus. Handelsschranken und Zölle wurden effektiv abgebaut. Mit der Entwicklung des Industriekapitalismus bildete sich seit den 1870er Jahren die bis dato größte Welle der „Globalisierung“. Viele Kommentatoren hielten den Internationalisierungsprozess für unumkehrbar (James 2003, 36). Mit der Etablierung des kapitalistischen Weltsystems kam jenes Element zum Tragen, das Marx als charakteristisch für dessen Entwicklung herausstellte: wiederkehrende Wirtschaftskrisen. 1856-59 fand die erste Weltwirtschaftskrise statt. Die Zeit von 1873 bis 1892 wurde als „Große Depression“ bezeichnet, in der teilweise tiefe Konjunkturkrisen aufeinander folgten. Trotz der Rezessionen erlebte die Weltproduktion jedoch insgesamt einen Anstieg. In der Zeit von 1880 bis 1914 erreichte das Wachstum von Produktion und Handel höhere Werte als in den Jahrzehnten des „freihändlerischen“ Kapitalismus der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Die 1870er bildeten den Angelpunkt für eine Pluralisierung der Weltwirtschaft. Das Zeitalter der Übermacht und Quasi-Hegemonie des britischen Empire ging ihrem Ende entgegen. Verschiedene Pfade der kapitalistischen Entwicklung zeichneten sich ab. US-

---

<sup>6</sup> Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass bereits im „Zeitalter des Liberalismus“ der Begriff der „Rasse“ florierte. Die Menschheit wurde in Rassen geschieden – „Zivilisierte“ standen „Barbaren“ gegenüber, und Despotismus daher legitim im Umgang mit Barbaren, wie etwa John Stuart Mill argumentierte (vgl. Hobsbawm 1999, 49).

amerikanische und deutsche Unternehmen nutzten die Krise zur Restrukturierung der Unternehmen und führten neue, kapitalintensive Technologien ein, um gegenüber dem bisherigen Weltmarktführer Großbritannien konkurrenzfähiger zu werden. Begleitet wurde dieser Prozess von Konzentrations- und Monopolisierungstendenzen sowie von der Entstehung einer gewichtigen Finanzwirtschaft (vgl. Tipton/Eldrich 1987). In Großbritannien reorganisierten sich die Unternehmen erst später. Der englische Staat versuchte derweil, die angespannte Situation durch sein Imperium zu lösen, das ihm neue Investitionsräume versprach. Später kreuzten sich die beiden Wege der Modernisierung: In Großbritannien häuften sich die Konzentrationsprozesse und Deutschland legte sich ein formales Kolonialsystem zu, was zu Konflikten mit den alten Kolonialmächten führte. In vielen Ländern löste die Internationalisierung innerhalb kurzer Zeit Ansprüche nach einem staatlichen Schutz vor den Folgen der Veränderungen und Krisen aus. Die Ära des (relativen) Wirtschaftsliberalismus im Warenverkehr wurde beendet, wenn auch nicht bei den Finanzen. Anfangen mit Schutzzöllen auf Textilien seitens Deutschlands und Italiens wurde diese Politik bis zu ihrem Höhepunkt zu Beginn der 1890er Jahre zu einem festen Bestandteil staatlicher Wirtschaftspolitik.

Einzig Großbritannien hielt unter den Großmächten am Freihandel fest, obwohl dieser intern nicht unhinterfragt blieb. Grund dafür war die langsam erodierende Vormachtstellung Großbritanniens (Hobsbawm 1999, 57). In den Jahrzehnten nach 1875 entwickelte sich eine sowohl ökonomisch wie auch politisch multipolare Welt. Insgesamt verlagerten sich die Achsen der Machtstrukturen langsam nach Westen (Vereinigte Staaten) und später auch nach Osten (Russland/UdSSR, Japan). Der wachsende Pluralismus der Weltwirtschaft wurde zwar noch durch anhaltende Abhängigkeiten anderer Großmächte von finanziellen, kommerziellen und Transportdienstleistungen Großbritanniens überdeckt, der relative Abstieg gegenüber dem Deutschen Reich und den USA war jedoch kaum noch zu übersehen. Zum ersten Mal in der Geschichte konnte man von Ansätzen einer realen weltweiten kapitalistischen Konkurrenz sprechen, die von einer geopolitischen Staatenkonkurrenz begleitet war.

Wie auch immer man diesen Prozess theoretisch zu fassen versuchte – die militärische Macht der Staaten hing mehr und mehr vom Grad ihrer Industrialisierung ab. Auch die bislang wenig kapitalistisch

entwickelten Mächte waren gezwungen, die Ausdehnung einer eigenen industriellen Basis zu fördern, um den Aufbau einer modernen Armee zu gewährleisten. Der sich wechselseitig verschärfende Prozess der ökonomischen und militärischen Konkurrenz steigerte sich in einen regelrechten Aufrüstungswettkampf. Am bedeutendsten wurden das deutsch-englische Flottenwettrüsten und die Bildung von großen Militärblöcken in Europa. Kulminationspunkt war der Erste Weltkrieg. Die Nachkriegszeit brachte nur eine kurze Pause der militärischen Rivalitäten – mit dem erneuten Versuch des Griffs Deutschlands nach mehr Macht im weltweiten Kräfteverhältnis mündeten der Zweite Weltkrieg und der Holocaust im furchtbarsten Horror der Menschheitsgeschichte.

Dennoch war das Zeitalter des „klassischen Imperialismus“ auch durch verschiedene Formen der Kooperation, der Diplomatie, der Absprachen und Allianzen charakterisiert (z.B. dem 1920 gegründeten Völkerbund). Dies war sowohl in der politischen wie der ökonomischen Sphäre der Fall, beispielsweise im Finanzbereich. Ab den 1870ern schlossen sich immer mehr Länder dem von Großbritannien gesetzten Goldstandard an, etwa zeitgleich zur Zunahme protektionistischer Tendenzen. Dabei beteiligten sie sich an einem internationalen Zahlungssystem, welches nach liberalen Grundsätzen funktionierte. Derart bildete sich ein auf Interessenharmonie beruhendes Gegengewicht zum auf Intensivierung staatlicher Konflikte basierenden Regime der anschwellenden Kapitalexporte aus (vgl. van der Pijl 1996, 85). Längst nicht alle politischen Rivalitäten schlugen in Kriege um. Die gegen Ende des 19. Jahrhunderts konfliktrichtige Beziehung zwischen Großbritannien und Frankreich wurde unter anderem durch den französisch-englischen Sudanvertrag von 1899, einem Kolonialvertrag zur Regelung von Grenzen, bereinigt.<sup>7</sup> Erste Formen der Rüstungskontrolle dienten dem Versuch, die Weltpolitik berechenbarer zu gestalten (Müller/Schörnig 2006, 32 ff.).

<sup>7</sup> Auch ein anderes Beispiel deutete auf das gleichzeitige Vorhandensein von Konflikt und Kooperation hin. Bevor der Kampf um die „Bagdadbahn“ nach 1903 zu einem Politikum wurde, als festgelegt wurde, dass die Bahn als rein deutsches Unternehmen geführt werden sollte und dies den Unmut Großbritanniens weckte, gab es Vereinbarungen zwischen deutschen, französischen und englischen Banken über eine gemeinsame Finanzierung (Schöllgen 1986, 54).

Überhaupt bildeten eine Vielzahl von wechselnden Staatenbündnissen ein wesentliches Charakteristikum der Zeit nach 1875.<sup>8</sup> Insgesamt hing der Erfolg bzw. Misserfolg „imperialistischer“ Unternehmungen in gesteigertem Umfang vom Zustand der sich verstärkt über die Bündnissysteme definierenden Beziehungen zwischen den Mächten in Europa ab.

## Die Schaffung von Kolonialreichen

Die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in Europa hatte bedeutende Auswirkungen auf das Produktivitätsgefälle in der Welt. Bis zum Jahr 1800 war die Industrieproduktion des gesamten späteren „Westens“ niedriger als die Chinas. Um 1860 steuerten Europa und Nordamerika bereits zwei Drittel, und 1913 mehr als neun Zehntel der gesamten weltweiten Industrieproduktion bei (Mann 1998, 163). Aber auch innerhalb des Westens änderten sich die Relationen. 1860 gingen die Hälfte aller Exporte aus Asien, Afrika und Lateinamerika nach Großbritannien. Die Verhältnisse zwischen entwickelter und „unterentwickelter“ Welt wurden einseitig von Großbritannien bestimmt. Im Anschluss bildete sich eine vielgestaltigere Beziehung zwischen einzelnen kapitalistischen Ländern und schwächeren Gebieten heraus. Der Monozentrismus der Nord-Süd-Beziehungen wurde aufgehoben. Zudem nahm die indirekte wie direkte Kolonialherrschaft erheblich zu, mit hiermit verbundenen, massiven Gewaltexzessen.

Zwischen 1876 und 1914 wurde etwa ein Viertel der Landoberfläche der Erde unter einem halben Dutzend Staaten verteilt bzw. neuverteilt. Die Schaffung von Kolonialreichen galt als bevorzugtes Moment europäischer, später auch US-amerikanischer und japanischer Großmachtspolitik. Bis auf den amerikanischen Kontinent und Teile Asiens war der Erdball 1914 fast komplett kolonialisiert (Hobsbawm 1999, 80 f.). In diesem Zusammenhang wurde der Begriff des Imperialismus in den 1890ern zu einem festen Bestandteil der öffentlichen Debatte.

<sup>8</sup> In den 1890ern erlangte beispielsweise der mit einer anti-englischen Spitze beschlossene „Ostasiatische Dreieck“ (Russland, Frankreich, Deutsches Reich) Bedeutung in der Zurückdrängung der japanischen Expansionspolitik. Später ging er vor dem Hintergrund neuer Rivalitäten unter.

Die koloniale Herrschaft erzeugte diverse Ausprägungen, wie das Beispiel der Kolonien Großbritanniens zeigte. Zentraler außereuropäischer Angelpunkt des Weltreichs war der indische Subkontinent, für eine weitere territoriale Ausdehnung sorgten die relativ unabhängigen, weißen Siedlungskolonien, die „Dominions“ wie Kanada, Australien oder Neuseeland. Dem gegenüber oblag das sogenannte abhängige Empire über das Kolonialministerium der direkten Kontrolle Großbritanniens – mit Ausnahmen: Ägypten etwa unterstand der Oberhoheit des Sultans und wurde bis 1914 indirekt über das Außenministerium mitverwaltet. Die Schaffung des „British Commonwealth“ von 1911 war schließlich der Versuch, die sich selbst verwaltenden Kronländer wieder enger anzubinden, um auf diese Weise der deutschen Herausforderung wirksamer entgegenzutreten zu können.

Die Bedeutung der Kolonien wurde in der ersten Imperialismusdebatte ebenso kontrovers diskutiert wie die Frage nach dem Verhältnis von politischer und wirtschaftlicher Konkurrenz. Festgehalten werden kann, dass Teile der Machteliten mit der Schaffung von Kolonialreichen auf die Steigerung ihres Einflusses zielten, auch wenn sich diese nicht immer verwirklichte. Die Beherrschungsstrategien galten nicht nur dem Ziel, Überproduktion über Exportoffensiven zu lösen. Dies konnte in den kaufkraftarmen Ländern der künftigen „Dritten“ Welt nur schwer realisiert werden. Insgesamt verlief der Internationalisierungsschub vorwiegend zwischen den entwickelten Ländern ab. 80 Prozent des Handels und der Auslandsinvestitionen wurden zwischen entwickelten Ländern getätigt. Großbritannien blieb für das Deutsche Reich bis 1914 einer der wichtigsten Absatzmärkte (Schöllgen 1986, 125). Dennoch waren die überseeischen Märkte und Bezugsquellen von agrarischen und industriellen Erzeugnissen für Großbritannien von großer Bedeutung. Die im Zuge des Stop-and-Go-Wachstums von 1873 bis 1896 relativ zu ihren Weltmarktkonkurrenten schwächelnde britische Volkswirtschaft konnte mithilfe des Kolonialsystems ihre finanzielle Vormachtstellung aufrechterhalten. Das englische Empire erwirtschaftete jährlich riesige Überschüsse in seinen Wirtschaftsbeziehungen mit Indien und China, mit denen die hohen

Handelsdefizite gegenüber den Vereinigten Staaten, Deutschland und den Dominions ausgeglichen wurden (Davis 2004, 300).<sup>9</sup>

Der Vorteil Großbritanniens hinsichtlich des Bedarfs hochspezialisierter Volkswirtschaften an importierten Nahrungsmitteln und Rohstoffen spielte schließlich im Ersten Weltkrieg eine wichtige Rolle. Die überlegene Seemacht Großbritanniens ermöglichte es sowohl die eigenen Seewege zu schützen als auch den Zugang des Deutschen Reichs zu Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die es importieren musste, zu blockieren. Die Rolle der Kolonien gewann erneut während der 1930er Jahre an Bedeutsamkeit, als die Welt im Zuge der Weltwirtschaftskrise in große Handels- und Währungsblöcke zerfiel. Diejenigen Großmächte wie Großbritannien oder Frankreich, die sich auf Kolonien und deren geschützte Märkte sowie Rohstoffe stützen konnten, überstanden die Krise besser als beispielsweise das Deutsche Reich oder die Vereinigten Staaten. Im Deutschen Reich erschienen den Machteliten der Beginn des Zweiten Weltkriegs und der Versuch, eine Kolonialisierung Osteuropas gewaltsam durchzuführen, als „Ausweg“ aus dieser Situation.

### Zunahme der staatlichen Intervention

Die Geschichte kapitalistischer Gesellschaften wurde durch eine Tendenz der zunehmenden innen- und außenpolitischen Intervention des Staates geformt. Die volkswirtschaftliche Entwicklung wurde flankiert durch politisch garantierte rechtliche, soziale und infrastrukturelle Integrations- und Anpassungsleistungen. Der Trend hin zum „starken Staat“ durchzog die unterschiedlichsten Bereiche moderner Gesellschaften, wiewohl die Herrschaftssysteme

---

<sup>9</sup> Auch wenn die industrielle Revolution von der Unterwerfung Asiens bis nach Mitte des 19. Jahrhunderts nicht besonders abhängig war – der Sklavenhandel und die Plantagen der „Neuen Welt“ waren im 17. und 18. Jahrhundert für den Zufluss von Kapital und natürlichen Ressourcen zur Ankurbelung des industriellen Aufschwungs in Großbritannien und anderen Ländern wichtiger –, vergrößerte sich die Bedeutung der südasiatischen Region im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Indien entwickelte sich Ende des 19. Jahrhunderts zum größten englischen Absatzmarkt. Die Kehrseite der Integration Indiens in den Weltmarkt bildeten die schlimmsten Hungersnöte des Subkontinents seit Menschengedenken.



unterschiedlich ausgeprägt waren (und etwa liberal-demokratische oder repressiv-autoritäre Formen annahmen).

Zu den wichtigsten Folgen der sozio-ökonomischen Instabilität der 1870er Jahre gehörten wie beschrieben die Konzentrations- und Zentralisationstendenzen der Unternehmen. Die Beherrschung einzelner Märkte durch wenige Unternehmen, Trusts oder Syndikate, führte zur Entwicklung oligopolistischer Strukturen. In diesem Zusammenhang konnten Prozesse beobachtet werden, die in Verflechtungen zwischen Nationalstaat und Unternehmen mündeten. Für die aufstrebenden Industriestaaten war – zumindest aus Sicht großer Teile der nationalen Machteliten – der staatliche Schutz der einheimischen Unternehmen erforderlich. Dabei wirkte der Protektionismus weder allgemein, noch schützte er anhaltend vor ausländischer Konkurrenz oder begünstigte er alle Kapitalgruppen gleichermaßen; im Deutschen Reich kam er vor allem den Großgrundbesitzern zugute.

In der Realität bildete sich das, was Hilferding „organisierten Kapitalismus“ nennen sollte, die Zentralisation ökonomischer Macht im Staat, sehr unterschiedlich aus. Die ungleichzeitige und kombinierte Entwicklung der Welt wirkte sich auf Spätentwickler wie das Deutsche Reich anders aus als auf Großbritannien. Im Deutschen Reich oder in den USA entwickelten sich interventionistische Staaten heraus, um beispielsweise ihre verarbeitenden Industrien vor der Konkurrenz durch britische Produkte zu schützen. In Großbritannien dagegen bedurfte es der massiven Krise der 1930er Jahre, um den Freihandel als Leitbild und praktische Politik abzulösen.<sup>10</sup> Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 beförderte eine längerfristige qualitative Ausdehnung der staatlichen Wirtschaftslenkung. Nachhaltigen Einfluss auf die Ausweitung staatlicher Tätigkeiten übten ebenso die staatsdirigistischen Kriegswirtschaften von 1914-18 und 1939-45 aus.

---

<sup>10</sup> Wenn auch bereits Mitte des 19. Jahrhunderts die Freihandelsideologie überdeckte, wie stark der englische Staat in das innenpolitische Leben und außenpolitische Geschäft eingriff.

## 1.1. Fragen in den Debatten

Wie ließ sich die Epoche der Entstehung der kapitalistischen Weltwirtschaft, die verbunden war mit Aufrüstung, politischen Rivalitäten, Kolonialismus und Krieg, theoretisch fassen? Diese Frage stellten sich zuerst einige Vordenker in der Arbeiterbewegung und linksliberalen Öffentlichkeit. Sie waren es, die den Begriff des Imperialismus zu einem Politikum machten, um das Phänomen der Staatenkonflikte zu erklären.<sup>11</sup> Die Verfechter des klassischen Marxismus (im Folgenden unter anderem Bucharin, Hilferding, Kautsky, Lenin, Luxemburg), einer Strömung, die sich heftige Auseinandersetzungen mit dem sozialdemokratischen „Revisionismus“ lieferte, sich jedoch intern spaltete, sahen sich im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts vor die Aufgabe gestellt, den Zusammenhang zwischen der internationalen militärischen Konkurrenz und der Dynamik der Kapitalakkumulation herauszuarbeiten.<sup>12</sup>

Auch außerhalb der Arbeiterbewegung wurden, oft in Reaktion auf die marxistischen Theorien, anspruchsvolle theoretische Beiträge formuliert. Genau genommen nahm die Debatte sogar seitens eines englischen Linksliberalen, John A. Hobson, ihren Ausgang. 1919 unternahm Joseph A. Schumpeter den wohl anspruchsvollsten liberalen Versuch, die imperialistische Politik zu deuten. In den 1920er Jahren entwickelten sich zudem die Anfänge der akademischen Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB). Die zwei Hauptströmungen, der Idealismus (Angell) und der Realismus (Carr, Morgenthau), ergänzten die Debatte um Beiträge, die das Verständnis internationaler Politik prägen sollten.

---

<sup>11</sup> Ursprünglich tauchte der Begriff „Imperialismus“ Mitte des 19. Jahrhunderts in der Kritik an der Außenpolitik Napoleons III. auf, später benutzten ihn britische Liberale. „Bezeichnete der Begriff Imperialismus um die Jahrhundertwende noch überwiegend den Kolonialismus der Seemächte, so verlagerte sich seine Bedeutung seit dem Aufkommen umfassender Theorien über den Imperialismus mehr und mehr auf eine komplexe Ebene ökonomischer Ziele und Antriebskräfte“ (Reifeld 1987, 24 f.).

<sup>12</sup> Der Streit um den Revisionismus kulminierte mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, als zahlreiche Parteien der 2. Internationale den Kriegskurs der jeweiligen Regierungen billigten.

Die aufkommenden nationalistischen und faschistischen Massenbewegungen bildeten den Anstoß für eine weitere Theorie – daher wird in diesem Teil Hannah Arendts Ansatz vorgestellt, wiewohl dieser wie Morgenthaus Beitrag erst ab den 1940ern verfasst wurde.

Wesentliche Streitgegenstände in dieser Periode waren *zum einen* die offene Frage nach den Triebkräften des modernen Imperialismus bzw. der Staatenkonflikte und *zum anderen* das Verhältnis von Kooperation und Konflikt zwischen den Staaten.

## 2. Die Debatten nach 1875

### 2.1. Klassische Imperialismustheorien

#### 2.1.1. Hobson: Imperialismus als Krisenlösungsstrategie

Das Buch *Der Imperialismus* (erschienen 1902 / im Folgenden in der Ausgabe von 1968) des Linkliberalen John Atkinson Hobson gilt als erster umfassender Beitrag der Theoretisierung des klassischen Imperialismus. Ausgangspunkt ist Hobsons Kritik des Burenkriegs, einem militärischen Konflikt Großbritanniens mit ehemals niederländischen Kolonisten in Südafrika, den er als Exempel eines allgemeinen Expansionsdrangs der kapitalistischen Länder diskutiert.

Imperialistische Politik bringt Hobson zufolge weder den Menschen in den Kolonien noch der Bevölkerung in den expandierenden Ländern Vorteile.<sup>13</sup> Sie wird zudem als ein schlechtes „Geschäft“ erörtert, die den industriellen Fortschritt eher behindert als ihn zu befördern. Zwar kann imperialistische Herrschaft unter bestimmten Bedingungen legitimiert werden – „zivilisierte Regierungen“ können die „Oberaufsicht über ‚niedere Rassen‘ übernehmen“, wenn damit die Sicherheit und der Fortschritt der Weltkultur „gefördert“ werden und eine internationale Organisation der „zivilisierten Menschheit“ dies überwacht (Hobson 1968, 206, 243) –, insgesamt hat sie aber eine extreme Fehlentwicklung der modernen Staaten in Gang gesetzt. Obwohl sich der Expansionsdrang auf einen weitgehenden Konsens innerhalb der herrschenden Schichten stützen konnte, so Hobson, existieren beträchtliche Missverhältnisse zwischen den Kosten für Erwerb und Aufrechterhaltung der Kolonien und den Handelsgewinnen, die aus ihrem Besitz gezogen werden.

Um die Frage nach den Ursachen imperialer Politik zu klären, antwortet Hobson im Rahmen einer wirtschaftssoziologischen und einer ökonomisch-strukturellen Perspektive. In der wirtschaftssoziologischen Perspektive werden soziale Interessengruppen diskutiert,

---

<sup>13</sup> Dabei zieht Hobson einen Trennstrich zwischen Kolonialismus und Imperialismus. Ersterer ist als „Verpflanzung“ der Nationalität und der aus ihm hervorgegangenen Zivilisation zu verstehen. Kanada, Australien und Neuseeland werden als gelungene Beispiele dieser Politik geschildert.

die sich bereichern möchten – etwa an der Lieferung von Waren in die Kolonien interessierte Güterproduzenten, die Rüstungsindustrie oder Teile der Streitkräfte, die er als „wirtschaftliche Parasiten des Imperialismus“ bezeichnet (ebd., 67). Ihre Partikularinteressen versuchen diese Gruppen mithilfe der Beeinflussung des öffentlichen Lebens als „nationales Interesse“ erscheinen zu lassen. Dass sich der Staat auf eine imperiale Politik festlegt, wird ebenso durch den Charakter des Finanzwesens erklärt. Die Verbindung des Staates zum Finanzkapital entsteht auf eine doppelte Art und Weise. Zum einen hegen die Banken als Kreditgeber ein Interesse an kapitalstarken, staatlich geschützten Unternehmen, zum anderen möchten sie an der wachsenden Staatsverschuldung (über höhere Rüstungsinvestitionen und den steuerfinanzierten Erhalt der Kolonien) mitverdienen. Dabei wird die Politik des Protektionismus zum „Zweig des imperialistischen Finanzwesens“ (ebd., 113; vgl. Heinrich 2003, 283 f.).

In der ökonomisch-strukturellen Perspektive wird darauf verwiesen, warum das Ende des 19. Jahrhunderts den am Imperialismus interessierten Gruppen eine günstige Gelegenheitsstruktur bietet. Den Anstoß für imperialistische Politik liefern insbesondere die Sicherung des jenseits der nationalen Grenzen investierten Kapitals und der damit verbundenen hohen Gewinne. Im Gefolge dieses Prozesses entwickeln nicht nur bestimmte Unternehmer, sondern ebenso Banken und Finanzkapitalisten ein Interesse daran, einen „Tribut aus dem Ausland“ einzustreichen und die „öffentliche Politik, die öffentliche Geldbörse und die öffentliche Gewalt zu benutzen, um das Feld ihrer privaten Kapitalanlagen auszudehnen und ihre bestehenden Anlagen abzuschirmen und zu verbessern“ (Hobson 1968, 72). Der Antrieb für imperialistische Politik liegt in den Bemühungen von finanzstarken Kreisen, angesichts übersättigter Binnenmärkte einträgliche Kapitalanlagen in überseeischen Gebieten zu finden.

Das ökonomietheoretische Fundament dieser Argumentation ist die Unterkonsumtionstheorie, von der Keynes in seinem Hauptwerk von 1936 behauptet, dass Hobson mit ihr in gewissem Sinne ein neues Zeitalter des ökonomischen Denkens eingeläutet habe (Keynes 1955, 308).<sup>14</sup> Etwas vereinfacht ausgedrückt, beschreibt Hobson folgende

---

<sup>14</sup> Bereits vorher entwickelten andere Theoretiker ähnliche Gedanken, so Sismondi oder Louis Blanc und Moses Hess. Blanc weist etwa auf die

Entwicklung: Die Monopolisierung der nationalen Volkswirtschaft steigert den Profitanteil bestimmter Unternehmergruppen und konzentriert ihn gleichzeitig in weniger Händen. Hieraus resultiert das Sparen eines Teils des Profits, was zu einer Begrenzung inländischer Investitionen führt. Dies zieht einen Nachfragemangel nach sich. Wenn die Sparquote auch durch die Beeinflussung der Zinsraten nicht gesenkt wird, kann das exzessive Sparen eine Depression bewirken. Einen Ausweg aus dieser Lage sehen Unternehmergruppen im Kapitalexport. Dieses Interesse findet im konstanten Druck zur Annektierung von neuen Territorien und Märkten seinen politischen Ausdruck (vgl. Hobson 1968, 92-102).

Dabei spielt weniger das Ringen um Absatzmärkte als die Suche nach profitablen Investitionen eine Rolle. Weil diverse Interessengruppen fortwährend ihre sektionalen Interessen als die der gesamten „Nation“ propagieren und falsche Informationen durch „schlecht informierten Nationalismus“ streuen, gedeiht der Imperialismus (ebd., 194 f.). Psychologische Faktoren allein können ihn nicht erklären. Insgesamt mündet derart eine „Kombination von ökonomischen und politischen Kräften“ (ebd., 179) in den Drang zur gewaltsamen Expansion.<sup>15</sup>

---

politisch-militärischen Folgen des wirtschaftlichen Expansionszwanges hin (vgl. Schröder 1970, 109 f.).

<sup>15</sup> Weil der Kapitalüberschuss im Inneren und der aus ihm resultierende Kapitalexport seine Ursache in der „mangelhaften Verteilung der Konsumtionskraft“ hat (Hobson 1968, 96), glaubt Hobson an eine politische Lösung des Problems. Er hält (im Gegensatz zu Rosa Luxemburg) den inneren Markt bei Steigerung der Kaufkraft für unbegrenzt entwicklungsfähig, wobei insbesondere der Staat durch Steuerung der Verteilung des Sozialprodukts dazu beitragen kann. Internationale Anlagen sind nicht zwingend notwendig (ebd., 302). Nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern die plutokratische Struktur Großbritanniens bewirkt die Unterkonsumtion. Durch eine Steigerung der Kaufkraft kann diesem Teufelskreislauf ein Ende bereitet werden: „Doch wenn das konsumierende Publikum in unserem Lande seinen Konsumtionsstandard derartig steigern würde, dass er mit jeder Steigerung der Produktivkräfte Schritt hielte, dann könnte es gar keinen Überschuss an Waren, könnte es gar kein Kapital geben, das laut nach dem Imperialismus ruft, damit er ihm Absatzgebiete verschaffe“ (ebd., 92). Um die Macht der imperialistischen Kräfte zu brechen, bedarf es freilich der „Errichtung einer echten Demokratie“ (ebd., 301).

## 2.1.2. Hilferding/Lenin/Luxemburg: Kapitalismus und Imperialismus

Die klassischen marxistischen Imperialismustheorien (im Folgenden kmIt) stellen den Versuch dar, die Verbindung von ökonomischen Prozessen und staatlicher Gewaltpolitik zu analysieren. Sie erläutern, dass aus der kapitalistischen Produktionsweise permanent internationale Abhängigkeiten und Konflikte entkeimen. Im Gegensatz zum bis dato vorherrschenden weiten Verständnis des Imperialismus – einem zu allen Zeiten gültigen Konzept, welches auf die Beherrschung schwacher durch stärkere Staaten abhebt – entwickeln Lenin, Bucharin und Luxemburg auf der Basis der Theorien Hobsons und Hilferdings eine engere, historisch fokussierte Definition. Der Imperialismus kann in dieser Perspektive nicht auf eine Politik bestimmter Regierungen reduziert werden, sondern wird als eine neuartige Stufe der kapitalistischen Entwicklung bezeichnet. Die (theoretisch unterschiedlich konzeptualisierten) Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals veranlassen es, mithilfe des jeweiligen Staates sich international auszudehnen und nach höheren Profiten zu streben. Die nationale ökonomische Konkurrenz wird auf internationaler Ebene reproduziert und schlägt schließlich in politische Staatenkonflikte um.

Im Gegensatz zu späteren Theoriesträngen, die vor allem die Verhältnisse zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ in den Blick nehmen, sehen die kmIt die Notwendigkeit, die Verhältnisse zwischen den reichsten Ländern in den Blick zu bekommen – die Nord-Nord-Verhältnisse sozusagen – auch und gerade um die Nord-Süd-Verhältnisse verstehen zu können. Lenins und Bucharins Imperialismustheorien gehen davon aus, dass ab dem Zeitpunkt, an dem die kapitalistische Produktionsweise die zentrale Grundlage menschlichen Handelns wird, zwischenstaatliche Konflikte als eine spezifische Form der Konkurrenz zwischen den Kapitalien konzeptualisiert werden müssen. Der Erste Weltkrieg wird als Produkt einer 40 Jahre andauernden Transformation des klassischen Kapitalismus in einen stark monopolisierten Kapitalismus verstanden, der zur Überwindung seiner Widersprüche zunehmend abhängig von imperialistischer Expansion wird.

Basis für die kmIt sind neben den Schriften Hobsons die Ausführungen des Politökonoms Rudolf Hilferding. In seinem Werk *Das Finanzkapital* (1910/1955) untersucht er, anschließend an die bereits bei Marx diskutierten Zentralisations- und Konzentrationstendenzen,

wie sich die Markt- und Unternehmensformen im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung ändern. Dabei wird mit der These, der zufolge die mächtigsten Akteure des „Monopolkapitalismus“ ein Interesse an staatlicher Intervention und Protektion gegenüber Konkurrenten auf dem Weltmarkt entwickeln, eine ökonomische Begründung für die imperialistische Politik zu liefern versucht.

Auf der einzelwirtschaftlichen Ebene zeigt Hilferding, wie mit der Unternehmensform der Aktiengesellschaft nicht nur die Durchschnittsgröße des einzelnen Unternehmens steigt, sondern auch, wie die Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalien zunimmt und den Konzentrationsprozess des Kapitals beschleunigt: „[D]iese Tendenz löst nun ihrerseits dort, wo die Kapitalkraft hinreichend stark ist, die Gegenteilstendenzen zu ihrer Überwindung aus. Diese Gegenteilstendenz führt schließlich zur Aufhebung der freien Konkurrenz“ (Hilferding 1955, 274). Die Ausschaltung der Konkurrenz erfolgt auf verschiedene Art und Weise – es entstehen Interessensgemeinschaften, Fusionen, Trusts, Kartelle oder Syndikate. Gemeinsam ist ihnen die überhöhte Preissetzung (ebd., 282 ff.). Aus den Veränderungen der einzelnen Unternehmen folgt die Änderung der Makrostrukturen der Gesamtwirtschaft: auf die Marktform des „Konkurrenzkapitalismus“ folgt der „Monopolkapitalismus“. In Hilferdings theoretischer Perspektive hat die Monopolisierungstendenz keine ökonomische Begrenzung. Das Kapital konzentriert die Kontrolle über die Produktion. Gleichzeitig treibt es die Vergesellschaftung der Produktion auf fortwährend höhere Ebenen, die nur durch die nationalstaatliche Unterteilung des Weltmarktes begrenzt wird. Die letzte Stufe dieses Prozesses bildet das „Generalkartell“ (ebd., 349, 556 ff.).

Aus der Tendenz der Monopolbildung bei Industrie und Banken entwickelt Hilferding seine Kategorie des „Finanzkapital“. Im Verhältnis zwischen Industrie- und Bankkapital spielt das letztere die dominante Rolle: „Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank [...] Andererseits muss die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital“ (ebd., 335).



Monopole bzw. Kartelle bewirken, dass die Konkurrenz innerhalb von Produktionszweigen ausgeschaltet wird. Die Konkurrenz um Anlagesphären und überhaupt die internationale Konkurrenz können sie allerdings nicht verhindern. Hierin liegt für Hilferding das Bindeglied zwischen den veränderten Strukturmerkmalen der nationalen Kapitalismen und dem Aufstieg des Imperialismus. Die Monopole entwickeln ein Interesse an einer protektionistischen Handelspolitik des Staates mit Zöllen und Subventionen als den Hauptinstrumenten. Diese hat zwei wichtige Effekte. Erstens ergeben sich aus den Schutzzöllen der anderen Länder und den Unterschieden in den Profitraten die Motivationen für den verstärkten Kapital- und nicht mehr nur Warenexport, der „Ausfuhr von Wert, um im Ausland Mehrwert zu hecken“ (ebd., 468). Paradoerweise trägt der Schutzzoll somit zur „Durchkapitalisierung der Welt und zur Internationalisierung des Kapitals bei“ (ebd., 466). Zweitens steigt die Bedeutung der Größe des eigenen Wirtschaftsgebietes. Eine große Volkswirtschaft begünstigt einen höheren Grad der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsteilung und eine wachsende Betriebsgröße. Dies wiederum bedeutet, dass selbst bei hohen Fixkosten die Erträge steigen können. Je größer das eigene Wirtschaftsgebiet, desto eher können die Monopole höhere Extraprofite auf dem Heimatmarkt erzielen, mit denen sie auf dem Weltmarkt operieren. Letztlich bedroht aber die internationale Konkurrenz das Fortbestehen des Weltmarktes: „Die Heftigkeit der Konkurrenz weckt [...] das Streben nach ihrer Aufhebung. Am einfachsten kann dies geschehen, wenn Teile des Weltmarktes in den nationalen Markt einbezogen werden, also durch Einverleibung fremder Gebiete, durch die Kolonialpolitik. [...] Hier stoßen die Staaten unmittelbar feindlich aufeinander“ (ebd., 485).

In Wladimir I. Lenins Buch *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (1917/1977) wird Hilferdings Analyse popularisiert, um die Einsichten Hobsons und Bucharins ergänzt und auf ihre politischen Konsequenzen hin zugespitzt. Die gegen die „Kapitulation“ der meisten sozialistischen Parteien vor dem Weltkrieg und gegenüber ihren jeweiligen Machteliten gerichtete Analyse Lenins besitzt unter den kmIt den größten Einfluss. Lenin möchte beweisen, dass der Erste Weltkrieg von allen Seiten ein imperialistischer Krieg, ein „Eroberungskrieg, ein Raub- und Plünderungskrieg“ (Lenin 1977, 194) ist. Hierfür entwickelt er seine These, dass der Imperialismus als Fortsetzung und Weiterentwicklung der Grundeigenschaften des Kapitalismus entstand, letzterer aber erst auf einer bestimmten Stufe,

„als einige seiner Grundeigenschaften in ihr Gegenteil umzuschlagen begannen“ (ebd., 269) – womit die Monopolbildung anstelle der freien Konkurrenz des „klassischen“ Kapitalismus gemeint ist – eine genuin imperialistische Form annimmt.

Mit dem „höchsten“, an anderen Stellen und je nach Übersetzung, „jüngsten“ Stadium des Kapitalismus ist das vom Finanzkapital dominierte monopolistische bzw. imperialistische Stadium des Kapitalismus erreicht. Es zeichnet sich durch fünf „Grundmerkmale“ aus: „1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, dass sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals‘; 3. der Kapalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet“ (ebd., 271). Lenin schränkt allerdings ein, dass der Imperialismus erst dann erschöpfend definiert werden kann, „wenn man nicht nur die grundlegenden rein ökonomischen Begriffe (auf die sich die angeführte Definition beschränkt) im Auge hat, sondern auch den historischen Platz dieses Stadiums des Kapitalismus in bezug auf den Kapitalismus überhaupt oder das Verhältnis zwischen dem Imperialismus und den zwei Grundrichtungen innerhalb der Arbeiterbewegung“ (ebd.).

Weil die Aufteilung der Welt zu Beginn des 20. Jahrhunderts praktisch abgeschlossen ist, kommt es nun zur „Neuaufteilung“ (ebd., 259). Die Interessen des Kapitals drängen es nach außen und zur Eroberung von Kolonien, denn auf geschützten Kolonialgebieten können Konkurrenten einfacher ausgeschaltet werden. Hinzu treten „außerökonomische“ Gründe für den Drang zur Eroberung von Kolonien – die „Lösung“ der sozialen Frage innerhalb der europäischen Staaten beispielsweise. Lenin zitiert den berühmten britischen Imperialisten Cecil Rhodes, der in der Schaffung neuer Absatzmärkte und dem Auffangen von „Bevölkerungsüberschüssen“ die Lösung der sozialen Frage sieht und folgenden Satz geprägt hat: „Das Empire, das habe ich stets gesagt, ist eine Magenfrage. Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen Sie Imperialisten werden“ (zit. in: ebd., 261).

Der Imperialismus ist zugleich vor allem Ergebnis einer krisengetriebenen Kapitalakkumulation, welcher die Widersprüche des Kapitalismus nicht löst, sondern sie im Gegenteil auf die Weltebene hebt. Damit verbunden ist ein wichtiges, weiteres Merkmal des Imperialismus, der „Parasitismus“. Lenin erklärt diesen Zustand mit dem Vorhandensein von Monopolpreisen, die zu bis zu einem gewissen Grad den Antrieb zum industriellen Fortschritt bremsen. Stagnation und „Fäulnis“ sind die Folgen, wenn auch Wachstumsschübe nicht ausgeschlossen werden (ebd., 305 f.).<sup>16</sup>

Rosa Luxemburg vertritt in ihrem Werk *Die Akkumulation des Kapitals* (1913/1981) eine originäre Sichtweise. Der Drang zum Imperialismus und insbesondere der gewaltige Drang nach Kolonien sind ihrer Ansicht nach nicht einfach als Resultat der Konkurrenz um möglichst hohe Profite zu verstehen. Vielmehr muss der Kapitalismus als Ganzes in nichtkapitalistische Gebiete vordringen, um seine Existenz zu sichern.

Das kapitalistische System braucht grundsätzlich neue Absatzmärkte außerhalb seiner bisherigen Grenzen, um den in der Produktion geschaffenen Mehrwert auch tatsächlich realisieren zu können, so Luxemburg. Sie gründet ihren Ansatz auf einer Kritik der von Marx im 2. Band des *Kapitals* entwickelten „Reproduktionsschemata“ und geht davon aus, dass die für den Kapitalismus eigentümliche, unbegrenzte Entwicklung der Produktivkräfte in einen fundamentalen Widerspruch zur Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft gerät. Die „erweiterte Reproduktion“ stößt im „reinen“ Kapitalismus an ihre nationalen Grenzen. Unter diesen „reinen“ Voraussetzungen muss der Kapitalismus relativ schnell in sich zusammenbrechen.

Die kapitalistische Akkumulation als Ganzes entwickelt sich nach zwei Seiten: Erstens produziert sie den Mehrwert und wirkt damit als ein ökonomischer Prozess zwischen Lohnarbeit und Kapital; zweitens spielt sie sich zwischen dem Kapital und „nichtkapitalistischen“ Produktionsformen ab. Luxemburg schließt daraus, dass es zur Rettung des Kapitalismus aus seinen inneren Widersprüchen der Expansion in „nicht-kapitalistische Milieus“ bedarf (Luxemburg 1981, 363). Der Kapitalismus beansprucht zu seiner Existenz und

---

<sup>16</sup> Die politisch-strategischen Schlussfolgerungen laufen insbesondere bei Lenin, Bucharin und Luxemburg auf die These der Überwindung des Kapitalismus durch eine sozialistische Revolution hinaus.

Fortentwicklung nichtkapitalistische Produktionsformen, die die notwendige Nachfrage zur Realisierung des überschüssigen Mehrwerts bereitstellen. Im Prozess der Unterwerfung von Kolonien werden dabei neue kapitalistische Aneignungsformen geschaffen, ein Prozess, den Marx als „ursprüngliche“ oder „primitive Akkumulation des Kapitals“ bezeichnete.

Die Kapitalakkumulation wird als ein „Prozess des Stoffwechsels“ beschrieben, „der sich zwischen der kapitalistischen und den vorkapitalistischen Produktionsweisen vollzieht“ (ebd., 364), dabei die nicht-kapitalistischen Formen auflöst und sie in die kapitalistischen Produktionsverhältnisse eingliedert. Resultat ist die paradoxe Erscheinung, dass „die alten kapitalistischen Länder füreinander immer größeren Absatzmarkt darstellen, füreinander immer unentbehrlicher werden und zugleich einander immer eifersüchtiger als Konkurrenten in Beziehungen mit nichtkapitalistischen Ländern bekämpfen“ (ebd., 316).

Eine besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang der Militarismus als „Gebiet der Kapitalakkumulation“ (ebd., 404). Nicht nur dass der Militarismus die Akkumulation in all ihren geschichtlichen Phasen begleitete: von der Eroberung und Plünderung Indiens, über die Zerstörung der sozialen Verbände kolonialer Gesellschaften oder der Erzwingung des Warenhandels in bestimmten Ländern, deren soziale Struktur der Warenwirtschaft hinderlich war, bis hin zum Mittel des Konkurrenzkampfes starker Staaten untereinander um Gebiete nichtkapitalistischer Produktion. Der Militarismus übt auch ökonomisch eine wichtige Funktion aus: „In Gestalt der militärischen Aufträge des Staates wird die zu einer gewaltigen Größe konzentrierte Kaufkraft der Konsumentenmassen [...] der Willkür, den subjektiven Schwankungen der persönlichen Konsumtion entrückt und mit einer fast automatischen Regelmäßigkeit [...] begabt“ (ebd., 410).

Zusammengefasst betrachtet Luxemburg den Imperialismus als politischen Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in Konkurrenz um „die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus“ (ebd., 391).

### 2.1.2.1. Die marxistische Debatte nach dem Ersten Weltkrieg

Vor und während des Ersten Weltkriegs stellen die kmIt den ambitionierten Versuch dar, die Veränderungen des Kapitalismus und seine geopolitischen Folgen zu erfassen. Diese Debatte, die in ihrer Vielfalt an dieser Stelle nicht hinreichend diskutiert werden kann (vgl. Nachtwey 2005), verliert ab den 1920ern an Lebendigkeit. Insbesondere die um sich greifende Stalinsche Dogmatik verhindert die Weiterentwicklung der Theorien. Mehr und mehr wird die Leninsche Imperialismusanalyse dabei von einer konkreten politischen Interventionsbroschüre in den Rang eines epochemachenden Werkes gehoben. Von nun an geben weniger die theoretische Weiterentwicklung als das Zurechtstutzen im Interesse politisch-taktischer Bedürfnisse der Sowjetunion den Ton an. In den verschiedenen sowjetischen Handbüchern zur Politischen Ökonomie, die ab Ende der 1920er Jahre zirkulieren, geht es nicht um viel mehr als das Paraphrasieren von Lenins Theorie und der Ergänzung um einige aktualisierte empirische Daten (Kemp 1967, 107 ff.). Zugleich wird ein neues Konzept propagiert, dem zufolge einzelne Länder sich separat zu entwickeln vermögen – eine Analyse, die den Weltmarkt nicht als ein organisches Ganzes versteht und dem zufolge eine Loslösung aus diesem Geflecht für möglich hält. Sie korreliert mit der Analyse der Möglichkeit des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land“ (vgl. Stalin 1972). Die Welt wird mechanisch in zwei Lager geteilt.<sup>17</sup>

Jenseits der stalinistischen Dogmatik leisten einige Theoretiker originäre Beiträge. Bekannt werden etwa die Analysen des Ökonoms Eugen Varga. Ab den 1920ern unternimmt er in zahlreichen Schriften den Versuch, Veränderungen des kapitalistischen Systems im Rahmen der Leninschen Imperialismusdeutung auszuleuchten (Varga 1930; 1974). Auch wenn durch staatliche Eingriffe zeitweise die immanenten Krisentendenzen des Kapitalismus ausgesetzt werden können, so wird der Kapitalismus insgesamt als sich in einer „Nie-

<sup>17</sup> Dabei verlagert sich vor dem Hintergrund des Aufkommens nationaler Befreiungsbewegungen der Schwerpunkt, vor allem im Rahmen der „offiziellen“ marxistischen Debatte unter Stalin, in Richtung der Nord-Süd-Abhängigkeiten. Es entstehen sowohl Thesen über die Rolle, die die Kolonien für den entwickelten Westen spielen, als auch über die Auswirkungen imperialistischer Politik im Süden.

dergangsperiode“ befindend analysiert. Um diese „allgemeine Krise“ hinauszuzögern, reagiert das imperialistische System mit unterschiedlichen Arten seiner eigenen Transformation: hin zum Faschismus und zum „staatsmonopolistischen Kapitalismus“.<sup>18</sup>

Ähnlich wie Antonio Gramsci in seinen Notizen über *Amerikanismus und Fordismus* (Gramsci 1999, 2063 ff.)<sup>19</sup> diskutiert Leo Trotzki in den 1920ern einen neuen Entwicklungsschub des Weltsystems – den Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika – als einen Prozess von fundamentaler Bedeutung. Er erachtet einen Krieg zwischen den USA und Großbritannien als reale Möglichkeit, etwas, das ihm zufolge aber nicht zuletzt durch die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den jeweiligen Staaten bestimmt wird. Unter der Voraussetzung, dass Großbritannien sich friedlich „zur Seite“ schieben lässt und zu einer „Macht zweiter Ordnung“ degradiert wird, geht Trotzki davon aus, dass auf längere Sicht auch ein „neues kapitalistisches Gleichgewicht der Welt“ entstehen kann (Trotzki 1972b, 116). Er schreibt: „Bei der Rivalität zwischen Amerika und England sind für England nur Rückzüge möglich. Um den Preis dieser Rückzüge erkaufte sich das englische Kapital das Recht auf Mitwirkung bei den Geschäften des amerikanischen Kapitals. Es entsteht gewissermaßen ein angelsächsisches Koalitionskapital“ (Trotzki 1972a, 40). In einer Polemik gegen den „pazifistischen“ Imperialismus unter Wilson und danach diskutiert Trotzki die Vorzüge, die Amerika als wirtschaftlicher Nachzügler hat: „Die Geschichte wird dem amerikanischen Kapital für jedes Raubgeschäft eine Befreiungsparole in die Hand drücken. [...] ‚Freiheit der Meere!‘ Das klingt wunderschön! Und was bedeutet diese Parole in Wirklichkeit? Sie besagt: ‚Mach Platz, englische Flotte, gib mir den Weg frei!‘ Offene Tür in China bedeutet: ‚Japaner, mach dich fort und lass mich hinein‘“ (ebd., 41 f.).

<sup>18</sup> Nach 1945 vertritt Varga im Gegensatz zur offiziellen sowjetischen These der „allgemeinen Krise“ des Kapitalismus die Ansicht, daß sich die Überlebenschancen des Systems tendenziell verbessert hätten.

<sup>19</sup> Gramsci diskutiert an einigen Stellen auch direkt den Begriff des Imperialismus. Er rekurriert dabei auf Hilferding und Lenin, wenn er schreibt: „Die moderne Expansion ist finanzkapitalistischer Art“ (Gramsci 1998, 1927). Sein Ansatz wird weiter unten in der Darstellung des Neogramscianismus wieder aufgenommen.

Trotzkis Analysen basieren auf einer Weiterentwicklung der These der „ungleichen“ Entwicklung. Im Gegensatz zu liberalen aber auch marxistischen Modellen, die die Weltwirtschaft nur als Summe nationaler Volkswirtschaften betrachten, versteht er die Weltwirtschaft als ein selbständiges Ganzes. Bezugssystem einer Analyse muss der Kapitalismus als weltweites System sein: „Der Marxismus geht von der Weltwirtschaft aus nicht als einer Summe nationaler Teile, sondern als einer gewaltigen, selbständigen Realität, die durch internationale Arbeitsteilung und den Weltmarkt geschaffen wurde und in der gegenwärtigen Epoche über die nationalen Märkte herrscht“ (Trotzki 1969, 7). Diese These bildet den Ausgangspunkt der Vorstellung einer ungleichen *und* kombinierten Entwicklung. Sie unterscheidet sich von dem bekannten, eher Lenin zugeordneten „Gesetz der ungleichen Entwicklung“. Im imperialistischen Zeitalter schlägt das Marxsche Evolutionsschema, dem zufolge die fortgeschritteneren Nationen den weniger entwickelten das Bild ihrer eigenen Zukunft aufzeigen, um. Der Imperialismus blockiert bzw. verhindert die radikale Modernisierung und Industrialisierung der zurückgebliebenen Länder. Trotzdem kann ein „rückständiger“ Staat von der Entwicklung in reicheren Staaten profitieren. Die Wettbewerbsvorteile Großbritanniens Ende des 19. Jahrhunderts sind in Fesseln derselben umgeschlagen – Deutschland und die USA überholten die einstige Hegemonialmacht, indem sie entwickelte Produktionsmethoden beim englischen Kapitalismus übernahmen und diese effektiver einsetzten. Alles in allem führt die Entwicklung einer „historisch verspäteten Nation“ zu einer spezifischen „Verquickung verschiedener Stadien des historischen Prozesses. In seiner Gesamtheit bekommt der Kreislauf einen nicht planmäßigen, verwickelten, kombinierten Charakter“ (Trotzki 1973, 15). „Die geschichtliche Gesetzmäßigkeit hat nichts gemein mit pedantischem Schematismus. Die Ungleichmäßigkeit, das allgemeinste Gesetz des historischen Prozesses, enthüllt sich am krassesten und am verwickeltesten am Schicksal verspäteter Länder. Unter der Knute äußerer Notwendigkeit ist die Rückständigkeit gezwungen, Sprünge zu machen. Aus dem universellen Gesetz der Ungleichmäßigkeit ergibt sich ein anderes Gesetz, das man mangels passenderer Bezeichnung das Gesetz der kombinierten Entwicklung nennen kann im Sinne der Annäherung verschiedener Wegetappen, Verquickung einzelner Stadien, des Amalgams archaischer und neuzeitiger Formen“ (ebd.).

In Großbritannien bezieht sich Maurice Dobb in seinem Buch *Political Economy and Capitalism* (1937/1953) auf Lenins Imperialismus-

theorie und bestätigt dessen Aussage, dass der Imperialismus das Merkmal des Kapitalismus im Monopolstadium ist. Niedrige Profitraten bzw. zu dürrftige Aussichten auf profitable Investitionen treiben das Kapital nach außen und lassen monopolistische Praktiken entstehen (Dobb 1953, 245). Auch die Leninsche These von der „Arbeiteraristokratie“, der zufolge Teile der Arbeiterklasse von der Ausbeutung der Kolonien profitieren und derart an das System gebunden werden, trifft weiterhin zu, so Dobb, genauso wie die Unmöglichkeit einer „ultraimperialistischen Phase“ (Kautsky) aufgrund der durch den Imperialismus sich beschleunigenden ungleichen Entwicklung (ebd., 250). Dobbs Beitrag liegt im Vergleich merkantilistischer und modern-imperialistischer Praktiken. Während im Merkantilismus der charakteristische Zug der Ausbeutung der Kolonien im staatlich regulierten Handel und dem künstlichen Hochhalten von Warenpreisen lag, findet der moderne Imperialismus seinen Ausdruck vor allem im, wiederum staatlich umsorgten Kapitalexport. An diesem Punkt schließt er an der von Marx im 3. Band des *Kapitals* eröffneten Debatte um die „entgegenwirkenden Ursachen“ zum tendenziellen Fall der Profitrate an. Der Kapitalexport ist Dobb zufolge eine solche entgegenwirkende Tendenz.<sup>20</sup>

In Deutschland entspannt sich in den 1920ern eine Debatte entlang der Luxemburgschen Theorie, die bei sozialdemokratischen Theoretikern auf harsche Ablehnung stößt. Einer der wenigen Autoren, der Luxemburgs Theorien aufgreift, ist Fritz Sternberg. Marx hat, so Sternberg in seinem Buch *Der Imperialismus* (1926/1971), im *Kapital* den Kapitalismus in einer „Reinheit“ dargestellt, die es in

<sup>20</sup> In Großbritannien und in den Vereinigten Staaten entsteht ab Ende der 1930er das Hauptwerk von Karl Polanyi, *The Great Transformation* (1944/1978), das an einigen Stellen die Frage imperialistischer Politik behandelt. Polanyi argumentiert gegen den liberalen „Mythos“ des imperialistischen „Wahnsinns“ (Polanyi 1978, 283), dass „Imperialismus und kaum bewusste Autarkievorbereitungen“ ab Ende des 19. Jahrhunderts „die Linie jener Mächte [waren], die sich in zunehmendem Maße von einem immer unzuverlässiger werdenden Weltwirtschaftssystem abhängig sahen“ (ebd., 291). Imperialistische „Rivalitäten“ stehen nicht, wie es die „populäre politische Theologie“ des Liberalismus behauptet, in einem radikalen Gegensatz zur kapitalistischen Entwicklung, sondern sind Ausdruck der Desintegration der Weltwirtschaft, die gerade im „utopischen Bemühen des Wirtschaftsliberalismus zur Errichtung eines selbstregulierenden Marktsystems“ ihre Ursache findet (ebd. 54).



der Wirklichkeit nicht gibt. Der Kapitalismus kann nur existieren und wachsen, wenn ein „nichtkapitalistischer“ Raum vorhanden ist, in dem Mehrwertpotentiale aufgesaugt werden können (Sternberg 1971, 23). Diese Räume existieren zuallererst innerhalb der kapitalistischen Länder und werden in die Verwertung eingesogen, zum Beispiel über die Abwanderung der feudal-bäuerlichen Bevölkerung in die Städte. Der Kapitalismus schafft sich eine innere „exogene Surplusbevölkerung“, von der er zehrt. Schließlich geht die Entwicklung des Kapitalismus dazu über, eine „äußere Surplusbevölkerung“ zu schaffen, die in der nichtkapitalistischen Peripherie lebt. Die Erschließung dieser Räume führt zur industriellen Umgestaltung – im Gegensatz zur Zeit des Feudalismus, in der der innere ökonomische Aufbau der Kolonien relativ unangetastet blieb (ebd., 37). An mindestens einer Stelle geht Sternberg über Luxemburg hinaus, in dem er ein Durchdenken des bisherigen Verständnisses von „Krisenprozessen“ einfordert. Sternberg sieht im Krieg die „heutige Form der Krise“ (ebd., 322) und argumentiert: „Der Krieg als notwendige Folge des Imperialismus durchbricht das Marxsche Entwicklungsschema an einer entscheidenden Stelle. [...] Der Krieg spielt im gesamten marxistischen System keine entscheidende Rolle“ (ebd., 299). Er fordert damit eine erweiterte Diskussion über das Verhältnis von Geopolitik und Wirtschaft ein.

Mit der Sternberg-Kritik *Eine neue Theorie über Imperialismus und soziale Revolution* (1928/1971) und einer Aufsehen erregenden Arbeit mit dem Titel *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems* (1929/1970), dem ersten Band einer Schriftenreihe des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, nimmt Henryk Grossmann an der Debatte teil. Er versucht anhand der Marxschen Reproduktionsschemata (auf einem hohen Abstraktionsniveau) den Nachweis zu führen, dass der Kapitalismus aus Mangel an Mehrwert zusammenbrechen muss. Grossmann entwickelt die gewissermaßen erste „marxistische“ Theorie nach Marx, die das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate systematisch in ihr Zentrum stellt. Er teilt zwar mit Luxemburg und Sternberg die „Zusammenbruchsthese“, sieht ihre Begründung jedoch als defizient an. Grossmanns Ausgangspunkt ist die These, dass zur Herleitung des Krisenmechanismus insbesondere die Produktions- und nicht die Zirkulationssphäre betrachtet und der Wirtschaftsprozess aus dem Wirken des Wertgesetzes erklärt werden muss (Grossmann 1970, 13). Grossmann zeigt auf, dass der tendenzielle Fall der Profitrate aufgrund einer steigenden organischen Zusammensetzung des

Kapitals – eines Anwachsens des konstanten (Ausgaben für Maschinen, Rohstoffe) im Verhältnis zum variablen Kapital (Ausgaben für Arbeitskräfte) – sich notwendig durchsetzen muss. Zwar entwickelt sich in seiner hypothetischen Annahme zuerst eine beschleunigte Akkumulation und eine steigende Profitmasse. Im Verlaufe weiterer Akkumulationsschübe entwickelt sich jedoch eine absolute Abnahme der Profitmasse, bis die Akkumulation schließlich verunmöglicht wird (ebd., 118 ff.). Die „ökonomische Zersetzung des kapitalistischen Mechanismus“ nimmt ihren Lauf, nicht wie Rosa Luxemburg denkt, weil „zu viel an Mehrwert produziert wurde [...], sondern weil im Verhältnis zu der akkumulierten Kapitalmasse zu wenig an Mehrwert vorhanden ist“ (ebd., 128).

Grossmanns profitratentheoretische Argumentation ist sein Schlüssel zum Verständnis imperialistischer Politik. Kapitalexport und Außenhandel können als eine unter mehreren Gegentendenzen zum Fall der Profitrate verstanden werden: „Freilich gibt es, wie Lenin richtig sagt, keine absolut ausgeweglosen Lagen. Auch in unserem Fall muss sich die Zusammenbruchstendenz nicht notwendig durchsetzen. Es können entgegenwirkende Tendenzen ihre absolute Realisierung unterbrechen. So wandelt sich der absolute Zusammenbruch in eine vorübergehende Krise, nach welcher der Akkumulationsprozess von neuem auf geänderter Basis einsetzt. Es besteht nämlich die Möglichkeit des *Kapitalexports* zwecks Verwertung des überakkumulierten Kapitals in den Ländern, wo die Kapitalakkumulation sich noch auf einer niedrigeren Stufe befindet und wo daher die Verwertung höheren Profit erzielt“ (ebd., 179). Der Mangel an Anlagemöglichkeit im Inland ist „der letzte Grund des Kapitalexports“ (ebd., 561). Der Sprung von der ökonomischen in die politisch-militärische Sphäre wird anschließend mit Lenin gemacht. Des Weiteren kritisiert Grossmann aber dessen Theorie. Nicht der „Monopolcharakter“ an sich verursacht den Imperialismus. Es ist die Zusammenbruchstendenz, von der das Monopol nur eine Folge bzw. ein Mittel ist, durch Preiserhöhungen die Gewinne zu steigern, die „den aggressiven Charakter des heutigen Kapitalismus“ ausmacht (ebd., 269). Damit, so Grossmann, kann man mit Marx über Lenin hinaus gehen: „Man hat die *Erscheinungen* gesehen und beschrieben, so wie sie sich an der Oberfläche zeigen, ohne dass man versucht hätte, sie in das Gesamtsystem von Marx einzubauen“ (ebd., 498).

In Beiträgen der *Diskussionen aus einem Seminar über Monopolkapitalismus* (1937), einer Mitschrift von Debatten zwischen Grossmann, Max

Horkheimer, Julian Gumperz und Karl August Wittfogel ergänzt er, dass zusätzlich zum Kampf „um die Anlagesphären“ neue Mittel der Austragung des sich verschärfenden Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt zur Anwendung kommen: Nun sind auch „die Währungen in den Kampfbereich miteinbezogen [...] Der Kampf um die Währungen als letztes Mittel, sich im Konkurrenzkampf einen Preisvorsprung zu sichern, führte [im Zuge der Weltwirtschaftskrise nach 1929] zur Aufgabe des Goldstandards und des mit diesem verbundenen internationalen automatischen Ausgleichsmechanismus, führte zur Spaltung der Weltwirtschaft in einzelne, isolierte, durch Zollmauern, Devisenzwangsregelung und Kontingente abgesonderte Gebiete, führte zur Zerstörung des internationalen Kreditwesens und des Kapitalexportes und zur unzweckmäßigen Goldverteilung“ (Grossmann et al. 1985, 420).

Die Ablösung Grossmanns als Ökonom des Instituts für Sozialforschung durch Friedrich Pollock bedeutet eine Zäsur. An die Stelle der Zusammenbruchsprognose tritt bei Friedrich Pollock die These von der Stabilisierung des Kapitalismus in seiner „staatskapitalistischen Phase“. Pollock sieht in seinem Aufsatz *Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?* (1941/1975a) das Hauptproblem des Kapitalismus nicht in der Tendenz zum Fall der Profitraten, sondern in der Anarchie der Produktion. Seiner Meinung nach tritt nun an die Stelle der krisenbelafteten Konkurrenz zunehmend die staatliche Lenkung der Produktion und Verteilung der Güter, eine staatskapitalistische Kommandowirtschaft. Die staatliche Lenkung kann Krisen beseitigen: „Wenn ich die Struktur des Staatskapitalismus analysiere, kann ich keine wirtschaftlichen Kräfte entdecken, die das Funktionieren der neuen Ordnung verhindern würden. Die Befehlswirtschaft verfügt über Mittel, um die wirtschaftlichen Ursachen von Depression, kumulativer destruktiver Prozesse und Unterbeschäftigung von Kapital und Arbeit auszuschalten. Wirtschaftliche Probleme im herkömmlichen Sinne wird es dann nicht mehr länger geben, wenn die Koordination aller wirtschaftlichen Aktivitäten mit Bewusstsein ins Werk gesetzt wird anstatt durch die ‚natürlichen Gesetze‘ des Marktes“ (Pollock 1975a, 117). Das Wert- und das Akkumulationsgesetz werden außer Kraft gesetzt.<sup>21</sup>

<sup>21</sup> Pollocks Einsichten bilden eine wichtige ökonomietheoretische Grundlage für die Schriften Horkheimers und Adornos und ihrer Betonung des „autoritären Staates“ und der „total verwalteten Welt“. Franz Neumann

Weil es keine oder kaum noch aus ökonomischen Krisenprozessen generierte Antriebe für imperialistische Politik gibt, wird das Problem auf eine andere Ebene verlagert. Imperialismus bzw. das innenpolitische Aufbauen einer „äußeren Gefahr“ seitens der Machteliten im totalitären Staatskapitalismus hat die Absenkung des Lebensstandards zwecks Herrschaftssicherung zum Ziel. Pollock schlussfolgert in seinem Artikel *Staatskapitalismus* (1941/1975b): „Warum kann die Politik des Angriffs nicht zum Stillstand kommen, ehe ein Staat die ganze Welt erobert hat? Selbst wenn ein totalitärer Staat die volle Autarkie in seinem eigenen Land erobert hat, müssen ‚Bereitsein‘ und Kriege nach außen in rasendem Tempo weitergehen, um sich gegen Angriffe von draußen und Revolution von drinnen zu schützen. Ein demokratischer Staatskapitalismus ist zwar im Innern gesichert, aber von Angriffen des Totalitarismus bedroht und muss bis zu den Zähnen bewaffnet, zum Kampf bereit sein, bis alle totalitären Staaten zu Demokratien geworden sind“ (Pollock 1975b, 95).

Auch außerhalb Europas und der Sowjetunion nehmen Theoretiker an der Debatte teil, zum Beispiel Paul Baran und Paul Sweezy in den USA, deren Einschätzungen für die zweite Welle der Imperialismusdebatte einen wichtigen Einfluss besitzen. Ihre Analysen werden weiter unten behandelt.

---

kritisiert in seinem Werk *Bebemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944* (1944/1977) den Pollockschen Begriff des Staatskapitalismus (Neumann 1977, 274) und begründet seine These, dass politische Eingriffe in den Markt dessen Eigendynamik höchstens zeitweise oder lokal begrenzt aufheben können (ebd., 367 ff.). In der Kritischen Theorie taucht der Begriff des Imperialismus zur Beschreibung wesentlicher Merkmale des Kapitalismus immer wieder auf, beispielsweise bei Herbert Marcuse (Marcuse 1967). In der *Dialektik der Aufklärung* (1947/1998) beschreiben Adorno/Horkheimer im Rahmen ihrer Diskussion der instrumentellen Vernunft den „Imperialismus“ als „die furchtbarste Gestalt der Ratio“ (Adorno/Horkheimer 1998, 108).

### 2.1.3. Schumpeter: Imperialismus als historisches Überbleibsel

Der Ökonom Joseph Alois Schumpeter wartet 1919 mit der avanciertesten Gegenposition zur linksliberalen und marxistischen Theorie des Imperialismus auf. Schumpeter kritisiert in seinem Text *Zur Soziologie der Imperialismen* (1919/1953) den Ansatz von Hobson und Lenin aus einer universalhistorischen Perspektive.<sup>22</sup> Seiner Annahme zufolge ist der moderne Imperialismus ein historisches Überbleibsel, ein „Atavismus“ aus vorkapitalistischen Epochen und politischen Strukturen, insbesondere aus der Zeit des absolutistischen Fürstenstaates. Der Kapitalismus dagegen ist „seinem Wesen nach antiimperialistisch“ (Schumpeter 1953, 126).<sup>23</sup>

Die Ergebnisse seiner Forschungen sind Schumpeter zufolge in drei Thesen zusammenzufassen: *Erstens* lässt sich historisch nachweisen, „dass ‚objektlose‘ Tendenzen zu gewaltsamer Expansion ohne bestimmte zweckgebundene Grenze, also arationale und irrationale, rein triebhafte Neigungen zu Krieg und Eroberung in der Geschichte der Menschheit eine sehr große Rolle spielen. So paradox es klingt, zahllose Kriege, vielleicht die Mehrzahl aller Kriege sind ohne – nicht etwa vom moralischen Standpunkt, sondern vom Standpunkt verständigen und verständlichen Interesses – zureichenden ‚Grund‘

<sup>22</sup> Im Folgenden wird lediglich der Imperialismusaufsatz Schumpeters vorgestellt. Das umfassende Werk Schumpeters und seine weiteren theoretischen Erkenntnisse, etwa die Unterscheidung von Unternehmer und Kapitalist, bleiben unberücksichtigt (vgl. Schumpeter 1950).

<sup>23</sup> Der ordoliberalen Ökonom Wilhelm Röpke ist ein anderer Vertreter der These, der zufolge imperialistische Politik den objektiven Interessen des Kapitalismus zuwider läuft. In seiner Schrift *Kapitalismus und Imperialismus* (1934), in er sich positiv auf Schumpeter bezieht (vgl. auch Röpke 1945, 113), werden imperialistische Praktiken als eine „systemfremde“ und „systemwidrige Begleiterscheinung“ des Kapitalismus analysiert. In einer direkten Auseinandersetzung mit der marxistischen Imperialismustheorie wendet er sich gegen die Idee, einen Kausalzusammenhang von kapitalistischer Wirtschaft zu imperialer Politik herzustellen (Röpke 1945, 77). Letztlich ist der Imperialismus ein politisches Phänomen und als solches ein „Geschöpf von Gefühlen, Leidenschaften und Instinkten“ (Röpke 1934). Da diese „irrationalen Kriegsinstinkte“ den Menschen stärker beherrschen als allgemein angenommen, ist Röpke pessimistisch, wenn es um die Perspektive einer sich sukzessive durchsetzenden „wirtschaftlichen Vernunft“ geht.

geführt worden“ (ebd., 118). *Zweitens* liegt die Erklärung des kriegerischen Funktionsbedürfnisses nicht nur im Trieb des Menschen begründet, sondern auch in den „Lebensnotwendigkeiten einer Lage, in der Völker und Klassen zu Kriegern geformt wurden [...] und in dem Faktum, dass die in dieser Lage ferner Vergangenheiten erworbenen psychischen Dispositionen und sozialen Strukturen, einmal da und festgeworden, sich lange noch erhalten und fortwirken, nachdem sie ihren Sinn und ihre Funktion der Lebenserhaltung verloren haben“ (ebd., 119). *Drittens* erleichtern gewisse „unterstützende Momente“ die Aufrechterhaltung dieser Dispositionen und Strukturen. So führen spezifische innenpolitische Interessenlagen herrschender Schichten und bestimmte Gruppen, die individuell am Krieg zu gewinnen versuchen, zur Aufrechterhaltung imperialistischer Politik und der Staatenkonflikte.

In universalhistorischer Perspektive werden diese Thesen begründet. Das antike Ägypten gilt als ein „typischer Imperialismus“, dessen Eroberungswillen durch eine Position gekennzeichnet war, „ins Weite, ohne angebbare Grenze, in Positionen hinein[zustoßen], deren Unhaltbarkeit klar war“ (ebd., 89). Das „Kriegervolk“ der Perser ab dem 6. Jahrhundert n. Chr. versinnbildlicht einen Fall der Entstehung imperialistischer Politik, dessen soziale Struktur auf die „militärische Funktion“ eingestellt wurde. Eine besondere geographische Lage machte dem Volk den Krieg zur einzigen „Methode der Lebenserhaltung“. Die dadurch hervorgerufene „psychische Disposition“ wirkte nun „objektlos“ weiter (ebd., 90). An der Schwelle des modernen Europa steht eine weitere Form des Imperialismus. Sie ankert in der Natur des absolutistischen Fürstenstaates des 17. und 18. Jahrhunderts. Die Kriegslust zur Zeit Ludwig des XIV erklärt sich aus den sozialen Strukturen und den „ererbten Dispositionen“ seiner Zunft, nicht aus den unmittelbaren Vorteilen dieser Politik. Dementsprechend votierte diejenige Person, die eigentlich wirtschaftlich motivierte Kriege hätte fordern sollen – Colbert (als Synonym für den Merkantilismus) – gegen die Kriegspolitik (ebd., 115).

Mit der Entwicklung des Kapitalismus in Großbritannien findet Schumpeter zufolge ein epochemachender Bruch statt. Die Interessen dieser ersten echten Handelsnation sind „pazifistisch“. Nicht der englische Staat griff nach den Kolonien – er „griff in der Regel erst schützend ein, wenn die Kolonie schon da war“ (ebd., 84). Die Eroberer der Kolonien waren vom Typus des Abenteurers oder Vertriebenen, nicht des Handelskapitalisten. Insgesamt ist daher die

Kriegspolitik Großbritanniens ab dem Ende des 17. Jahrhunderts eigentlich nicht mehr als imperialistisch zu bezeichnen, vielmehr war sie Reaktion auf die Aggression der Fürstenstaaten auf dem europäischen Festland. Allerdings wirkten Nationalismus bzw. Herrschafts- und Kampfinstinkte auch in Großbritannien noch nach. Zudem rief der Krieg selbst sie immer wieder zu neuem Leben.

Gegenwärtig besitzt der Imperialismus nur noch einen „atavistischen“ Charakter (ebd., 119). Er fällt in die Gruppe von Überbleibseln früherer Epochen, „vom Standpunkt der ökonomischen Geschichtsauffassung also jeweils aus den vergangenen, nicht aus den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen. [...] Da die Lebensnotwendigkeiten, die ihn schufen, für immer vergangen sind, muss er, trotzdem jede kriegrische, wenn auch noch so unimperialistische Verwicklung ihn neu zu beleben tendiert, nach und nach verschwinden. [...] Wenn daher unsere These richtig ist, so müssen die Fälle von Imperialismus an Intensität verlieren, einer je spätern Phase der Geschichte des betreffenden Volks und Kulturmilieus sie angehören. Das trifft so zweifellos zu, dass es keines besondern Beweises bedarf“ (ebd., 119f.). All das, was die Gegenwart an imperialistischen Tendenzen birgt, hat sie vom Fürstenstaat übernommen. Zudem verkümmern die aus der Vergangenheit stammenden „Triebe“ in der kapitalistischen Welt „verhältnismäßig schnell, ebenso wie eine ‚unzweckmäßige‘ Betriebsform. Den Rationalisierungsprozess sehen wir am Werk selbst bei den stärksten Impulsen. [...] Eine rein kapitalistische Welt könnte daher kein Nährboden für imperialistische *Impulse* sein“ (ebd., 122). Dem zufolge vermutet er, dass die Vereinigten Staaten von Amerika, die am wenigsten mit vorkapitalistischen Elementen „belastet“ sind, von allen Ländern „den schwächsten Imperialismus aufweisen“ (ebd., 125 f.).

In seiner Auseinandersetzung mit der aktuellen kapitalistischen Formation konstatiert Schumpeter, dass unter monopolistischen Bedingungen Unternehmer und Hochfinanz durchaus imperialistische Interessen entwickeln können, von Schutzzöllen bis zu Kriegen. Nicht immer wirken die spätfeudalen Überbleibsel weiter. Wirklich vorteilhaft fungieren Schutzzölle nur für die Grundherren. Schutzzölle verändern daher die Interessenlagen nicht von Grund auf. Allerdings, hier bezieht sich Schumpeter auf Hilferding, erleichtert die Schutzzollpolitik Kartell- und Trustbildung und damit eine monopolistische Preispolitik im nationalen Rahmen. Zwischen zwei

Ländern, in denen die Unternehmer diese Politik durchsetzen, besteht nun ein Interessengegensatz. In diesem Zusammenhang gewinnt die Eroberung von Kolonien eine neue Bedeutung. Die mit der Ausnahme Großbritanniens in vielen Ländern bis zur Personalunion gehenden Allianzen „zwischen der Hochfinanz und den Kartellmagnaten“ agieren aber nicht „im Interesse des Kapitals als solchen. Der bloße private Kapitalist erfährt mehr von den Kosten als dem Gewinn“ (ebd., 133). Weil die Monopolisierung nicht aus dem Automatismus der Konkurrenzwirtschaft hervorgeht – Schutzzölle beispielsweise sind „Kinder politischer Aktion“ im Interesse minoritärer Strömungen – kann sich mit der Zeit, so die Annahme, wieder der „normale Sinn allen Wirtschaftens“ durchsetzen. „Auch Kartelle können der Kundschaft ihrer auswärtigen wirtschaftlichen Blutsverwandten nicht entraten. Auch exportmonopolistische Volkswirtschaften sind in vielen Belangen aufeinander angewiesen“ (ebd., 135). Genau genommen entsprang der ursprüngliche Sinn der Zölle dem finanziellen Interesse der noch immer mächtigen fürstlichen Gewalten. Weil der Kapitalismus auf dem europäischen Kontinent noch nicht vollständig durchgreifen konnte, bleibt dieser Einfluss geschichtsmächtig (ebd., 141).

Schumpeter fasst seine Argumentation wie folgt zusammen: „Die soziale Pyramide der Gegenwart ist nicht vom Stoff und Gesetz des Kapitalismus allein gebildet, sondern von zwei verschiedenen sozialen Stoffen und von den Gesetzen zweier verschiedener Epochen. Wer Europa verstehen will, darf das nicht vergessen [...] die feudalen Elemente sind auch psychisch bodenständig. Wie ihre Lebensform, so ist auch ihre Ideologie stabil [...] Die Bourgeoisie ist nicht einfach an die Stelle des Fürsten getreten [...] sie hat ihm nur einen Teil seiner Gewalt entwunden und sich im übrigen ihm unterworfen. Sie hat den Staat nicht als abstrakte Organisationsform von ihm übernommen, sondern er blieb eine besondere, ihr gegenüberstehende soziale Macht“ (ebd., 142). Diese Umstände machen das Paradox begreiflich, dass Nationalismus und Militarismus, entstanden und verankert im Fürstenstaat, unter ungünstigen Umständen „kapitalisiert“ werden können und ihre „beste Kraft aus dem Kapitalismus“ (ebd., 145) saugen.



### 2.1.4. Arendt: Imperialismus als Produkt nationalistischer Massenbewegungen

Unter dem Eindruck des Faschismus und des Holocaust verfasst Hannah Arendt bis 1949 das Werk *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1951/2003). Im zweiten Teil ihres Buches beschäftigt sie sich intensiv mit dem Imperialismus, den sie als Produkt nationalistischer Massenbewegungen kennzeichnet. Dabei diskutiert sie die sozialen und ideologischen Voraussetzungen für das Entstehen unterschiedlicher *Typen* von Imperialismen innerhalb des sich entwickelnden Kapitalismus.

Arendt knüpft in ihrer Analyse kritisch an frühere, meist apologetische Imperialismusdeutungen an, aus denen sie wesentliche Argumente für imperialistische Politik herausliest (vgl. Friedjung 1919; 1922). Vor der Zeit überwiegend ökonomischer Erklärungen war die genuin politische Definition des Imperialismus vorherrschend, so Arendt. Letztere löste die ursprüngliche Bedeutung des Imperialismusbegriffs als persönliche, imperiale Herrschaft ab und diskutierte fortan den Imperialismus, weniger personalisiert, als Politik der Ausdehnung des Nationalstaates über seine Grenzen hinaus. In den zeitgenössischen Quellen galt etwa ein Kolonialreich als Voraussetzung der „kraftvollen“ Fortentwicklung der eigenen Nation oder als Quell neuer Vitalität und der Nationalismus als stärkste Triebkraft des einzelstaatlichen Imperialismus. Von Großbritannien und Charles Dilke's Bestsellern, die die Überlegenheit der Angelsachsen propagierten, über Frankreichs Ministerpräsidenten Jules Ferry, der den Kolonialerwerb als einzige Chance sah, den Platz unter den Großmächten zu erhalten, bis hin zum Deutschen Reich und den nationalistischen „Enthusiasten“ um Carl Peters sowie dem Alldeutschen Verband oder national-liberalen Intellektuellen wie Friedrich Naumann, der den Imperialismus als Selbstbehauptung der deutschen Nation nach außen verstand: Der Nationalismus, auch und gerade im Deutschen Reich als Massenbewegung, war als eine Basis des Imperialismus allgegenwärtig.<sup>24</sup>

Hannah Arendt analysiert in erster Linie das Phänomen des „Totalitarismus“. Sie denkt dabei vor allem an den deutschen Faschismus,

---

<sup>24</sup> Der nationalistische „Flottenverein“ konnte 1906 über eine Million Mitglieder aufweisen.

als eine neue Form politischer Macht, als völlige „Pervertierung“ von vielem, was für die „Moderne“ im Innersten prägend gewesen ist. Hierbei legt sie einen wenig bekannten, aber wichtigen Ansatz über das Entstehen unterschiedlicher Typen des Imperialismus vor, die sie als Zwischenschritt vom klassischen Nationalstaat hin zur totalitären Diktatur versteht. In der Beschäftigung mit der Existenzphilosophie der 1920er und Heidegger erarbeitet sie einen handlungstheoretischen Ansatz, in der das Agieren einer neuen sozialen Schicht, des „Mob“, im Bündnis mit dem „Kapital“ zur Durchsetzung imperialistischer und schließlich totalitärer Staaten führt. Die nationalistischen Massenbewegungen im kontinentalen Europa werden zur zentralen Größe in der Analyse imperialistischer und totalitärer Politik. Dies steht im Gegensatz zu einer Version der marxistischen Theorie, etwa bei Lenin, der innergesellschaftlich eher das Bündnis des Kapitals mit der „Arbeiteraristokratie“ als ein wesentliches Moment für das Wirken imperialistischer Ideologien versteht.

Arendt verneint nicht die Existenz ökonomischer Merkmale des Imperialismus. „Der imperialistischen Expansion war eine merkwürdige Art wirtschaftlicher Krise vorangegangen, die in der Überproduktion von Kapital bestanden hatte, das, da es produktiv innerhalb der nationalen Grenzen nicht zu investieren war, einfach überflüssiges Geld darstellte. Dieses Geld musste exportiert werden, und so kam es, dass zum ersten Mal die politischen Machtmittel des Staates den Weg gingen, der ihnen vom exportierten Geld vorgewiesen war, anstatt dass umgekehrt Gewalt und Eroberung den Weg freilegte, auf dem finanzielle Investitionen folgten“ (Arendt 2003, 308). Im Gegensatz zu Schumpeter denkt sie, dass die Bourgeoisie durch den Imperialismus ihre Mündigkeit überhaupt erst erlangte. Er ist „jedenfalls das erste (und vielleicht zugleich auch das letzte) Stadium der politischen Herrschaft des Bürgertums“ (ebd., 316). Arendt betont jedoch besonders einen zweiten, wesentlichen Faktor: Die Entwicklung des Imperialismus bis hin zum Totalitarismus als Resultat des politischen Handelns völkischer Nationalisten und konservativer Eliten, des „Bündnis zwischen Kapital und Mob“ (ebd., 332 ff.). Der „Mob“ dient als zentraler sozialer Unterbau der Radikalisierung moderner Politik. Gemeint ist die Schaffung einer

Masse „überflüssiger“, „deklassierter“ Menschen als Folge des industriellen Wandels.<sup>25</sup>

Am bedrohlichsten vermengten sich diese Faktoren in den Teilen Europas, deren imperiale Ambitionen überwiegend fehlschlagen. Die sogenannten „Panbewegungen“ (etwa der Pangermanismus oder der Panslawismus in Mittel- und Osteuropa) sind als besonderer Typus der Verbindung von Eliten und verarmten Massen zu begreifen: „In dem Bündnis zwischen Mob und Kapital, das das imperialistische Zeitalter kennzeichnet, hatte die Initiative [...] bei den Vertretern des Kapitals gelegen. In den Panbewegungen lag umgekehrt die Initiative von Anfang an ausschließlich beim Mob, der damals wie später von einer Intelligenzschicht geführt wurde“ (ebd., 480). Damit verbunden war der Aufstieg des völkischen Nationalismus: „So wie der kontinentale Imperialismus in den Ländern entsteht, die glauben, bei der Neuverteilung der Erde im imperialistischen Zeitalter zu kurz gekommen zu sein, so verbreitet sich der völkische Nationalismus überall da, wo europäischen Völkern eine nationale Emanzipation gar nicht oder nur halb gelungen war. Beide Bestrebungen entstanden als Reaktion auf die offenbar glücklichere und erfolgreichere Geschichte der westeuropäischen Länder und vor allem Englands“ (ebd., 483). In den Ländern Österreich-Ungarn und Russland, in welchen sich das „Zu-kurz-gekommen-sein“ in der territorialen Expansion mit dem „Unvermögen zum Nationalstaat“ verband, fanden die Panbewegungen fruchtbaren Boden vor und bedienten sich des Antisemitismus als einer politischen Waffe (ebd., 485). Im Bündnis mit dem Mob gelang es dem Kapital, seine imperialistische Strategie sozial zu verankern. Dabei erwiesen sich, so Arendt, antisemitische Parolen als das erfolgreichste Mittel zur Aufreizung und Organisation der Massen zum Zwecke der Expansion der Staaten.

---

<sup>25</sup> Der Mob setzt sich zusammen aus dem „Abfall“ der bürgerlichen Gesellschaft, verschiedenen ehemaligen Kleinbürgern, bürgerlichen Absteigern etc. und ist von der Unterschicht zu unterscheiden. Arm zu sein bedeutet nicht automatisch, Teil des „Mob“ zu sein. Es geht um Menschen, denen gemeinsam ist, aus dem sozialen System herauszufallen, zu keiner bestimmten Klasse mehr zu gehören und die insofern einen „festen Bezugsraum, eine stabile Identität und Erwartungen, die sie mit anderen teilen, verloren haben. Da sie keine bestimmte soziale Perspektive haben, aus der sie die Welt sehen, sind sie für ideologische Manipulation besonders offen“ (Benhabib 1998, 117).

Ein aggressiver Nationalismus auch in erfolgreicheren Nationen wird bei Arendt hauptsächlich auf die Folgen der kolonialen Eroberungen, die zur Barbarisierung der Politik beigetragen haben, zurückgeführt. Der „scramble for Africa“ pervertierte die Moral und Verhaltensweisen und begünstigte mit dem wissenschaftlich legitimierten Rassismus als politischer Waffe und der Bürokratisierung der Kolonialverwaltungen neue, dem alten Beamtenapparat des Nationalstaates entgegengesetzte Herrschaftsformen (ebd., 356, 405). Arendt analysiert die rassistischen Ideologien und anti-liberalen Strukturen imperialistischer Politik als Vorläufer des Faschismus. Dabei argumentiert sie, habe die Entdeckung der ökonomischen Ursachen des Imperialismus die eigentliche politische Struktur, „den Versuch nämlich, die Menschheit in Herren- und Sklavenrassen“ einzuteilen, eher verdeckt als aufgeklärt (ebd., 288 f.). Den Imperialismus insgesamt bezeichnet sie als „kurioses Gemisch von Kapital-Export, Rassen-Wahnsinn und bürokratischer Verwaltungsmaschine“ (ebd., 303), der im Widerspruch zur ursprünglichen Idee des Nationalstaates steht.<sup>26</sup> Stellvertretend hierfür steht Cecil Rhodes Ausspruch „Expansion is everything. I would annex the planets if I could“.

<sup>26</sup> Arendt sieht im Verlust der progressiven Substanz des klassischen Nationalstaates eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung. Der klassische Nationalstaat wird als stabilitätserzeugend beschrieben, der die „unvorhersehbare Dynamik“ des Handelns begrenzen kann. Zugleich hat er mit der Schaffung des modernen Rechtssubjekts und der Menschenrechte eine Bedingung für eine anti-totalitäre Regierungsform gelegt. Arendt betrachtet daher den Staat der Französischen Revolution als Vorbild des Republikanismus und als Damm gegen totalitäre Bewegungen.

## 2.2. Ultraimperialismus, globale Anarchie oder friedliche Weltgesellschaft?

In der Begründung der Ursachen von Staatenkonflikten werden vor dem Hintergrund des Verhältnisses von Kooperation und Konflikt verschiedene Entwicklungsprognosen des Weltsystems formuliert. Im Folgenden werden die Autoren Kautsky und Parvus vorgestellt, die eine gemeinsame Herrschaft über die Weltbevölkerung prognostizieren, außerdem Lenin, Bucharin sowie Carr und Morgenthau, die von einer fortgesetzten Staatenkonkurrenz ausgehen, und zudem der Ansatz von Angell, der Tendenzen hin zu einer pazifizierten Weltgesellschaft beschreibt.

### 2.2.1. Kautsky/Parvus: Der Ultraimperialismus

Karl Kautsky, bedeutendster marxistischer Theoretiker zur Zeit des Ersten Weltkriegs, entwickelt die These des „Ultraimperialismus“, die er unter Bezugnahme auf Hilferding ausarbeitet. Er fragt, inwieweit die Weiterentwicklung des weltweiten Kapitalismus die anarchischen Kämpfe der Nationalstaaten untereinander beenden kann.

Schon 1897, in seiner Arbeit *Ältere und neuere Kolonialpolitik* (1897/1898), legt Kautsky Grundlagen für seine spätere Imperialismusdeutung. Er unterscheidet zwischen „Arbeitskolonien“, in denen sich die europäischen Auswanderer eine Existenz aufbauen, und den „Ausbeutungskolonien“, die allein der Ausplünderung der einheimischen Bevölkerung dienen. Nur die ersteren kommen als Absatzmarkt für europäische Exporte in Betracht. Die „Ausbeutungskolonien“ erfüllen nach Kautsky das Interesse der vorindustriellen Klassen, die „Arbeitskolonien“ das Interesse der industriellen Klassen. Das industrielle Kapital besitzt am alten Kolonialsystem kein Interesse, weil es Konsumenten und keine Sklaven benötigt. Das merkantilistische Kapital war kriegerisch, das industrielle Kapital dagegen „predigte nicht bloß Freihandel, sondern auch den Frieden“ (Kautsky 1897/98, 805).

In seinen Aufsätzen von 1914 und 1915 bezeichnet Kautsky den Imperialismus, wie andere Marxisten auch, erst einmal als Produkt des hochentwickelten Kapitalismus: „Er besteht in dem Drange jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres *agrarisches* Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern“ (Kautsky 1914,

909). Das Missverhältnis zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion wird zur Ursache von Überproduktion und Inflation erklärt. Diese „Disproportionalitäten“ lösen den Drang nach gesteigerter Kapitalausfuhr „aus den Industriestaaten in die agrarischen Gebiete der Welt“ und „das Streben, diese Gebiete ihrer Staatsgewalt zu unterwerfen“, aus (ebd., 919). Dennoch darf nicht jedes Streben nach territorialer Vergrößerung als „Imperialismus“ charakterisiert werden. Der Eifer, ein Reich durch Angliederung von Nachbargebieten zu vergrößern, kann auch schlicht nationalistisch motiviert sein.

Kautskys Vorstellung der Entstehung einer neuartigen, ultraimperialistischen Phase des Weltkapitalismus wird mithilfe der Vorstellung begründet, dass der Konkurrenzkampf zwischen den stärksten Ländern wesentlich Ausdruck politischer Entscheidungen ist sowie von Partikularinteressen der Rüstungsindustrie diktiert wird. Die Konflikte sind also nicht Ausdruck kapitalistischer Konkurrenz als solcher. Dementsprechend folgert er: „Die wütende Konkurrenz der Riesenbetriebe, Riesenbanken und Milliardäre erzeugte den Kartellgedanken der großen Finanzmächte, die die kleinen schluckten. So kann auch jetzt aus dem Weltkrieg der imperialistischen Großmächte ein Zusammenschluss der stärksten unter ihnen hervorgehen, der ihrem Wetttrüsten ein Ende macht. Vom rein ökonomischen Standpunkt ist es also nicht ausgeschlossen, dass der Kapitalismus noch eine neue Phase erlebt, die Übertragung der Kartellpolitik auf die äußere Politik, eine Phase des Ultraimperialismus“ (ebd., 921). Weiterdenkende Teile des Kapitals können, so Kautsky, die Irrationalität des Krieges durchschauen. Die kapitalistische Wirtschaft als Ganzes wird durch die Gegensätze der Staaten, durch den Weltkrieg, bedroht. Deshalb müsste jeder Kapitalist seinen „Genossen zurufen: Kapitalisten alle Länder vereinigt euch!“ (ebd., 920). An die Stelle des Wettbewerbs der nationalen „Finanzkapitale“ kann die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete „Finanzkapital“ treten.

Diese „Friedensutopie“, wie es Rosa Luxemburg ein wenig abschätzig nennt, kann für Kautsky durch zwei Formen international veränderter Beziehungen erreicht werden – einem Staatenbund oder einem europäischen Imperium. In seiner Arbeit *Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund* (1915b) schreibt er: „Das beste und zukunftsreichste Mittel zur Ausdehnung des inneren Marktes besteht [...] in der Zusammenfassung verschiedener Nationalstaaten

mit gleichem Recht in einem Staatenbund. Der Staatenbund und nicht der Nationalitätenstaat, auch nicht der Kolonialstaat, das ist die Form für die großen Imperien, deren der Kapitalismus bedarf, um seine letzte, höchste Form zu erreichen [...] Ein solcher Bund kann die mannigfaltigsten Formen annehmen, er kann ein Bund von Bündnen werden. Er stellt als solcher die elastische Staatsform dar, die zu unendlicher Ausdehnung fähig ist bis zum Weltbund“ (Kautsky 1915b, 75). Der Weg dorthin vermag aber auch über ein europäisch geführtes, übernationales Imperium beschrritten werden. Ein vereinigtes Europa, betont Kautsky schon vier Jahre vorher, kann das Gespenst des Krieges für immer bannen, da es über eine gewaltige Übermacht verfügen würde (Kautsky 1911, 105). Den Impuls für die „Vereinigten Staaten von Europa“ könnte ein Zollverein des Deutschen Reiches mit seinen Nachbarn geben.<sup>27</sup>

Kautskys Ultraimperialismuskonzept unterstellt zusammengefasst eine vom kapitalistischen Standpunkt aus gesehene Irrationalität des Krieges und thematisiert die Möglichkeit der Kartellbildung über die Nation hinaus sowie die Bildung von Staatenbündnissen oder einem nach-imperialistischen Imperium.

Ein weiterer Autor, der die Potentiale des Internationalisierungsprozesses betont, ist Alexander Helphand, besser bekannt unter seinem Pseudonym Parvus. Er sieht den Weltmarkt und nicht mehr den nationalen Markt als bestimmenden „Knotenpunkt der Produktionsbeziehungen“, der immer mehr die „ökonomischen Zustände der einzelnen Länder bestimmt“. Die Verallgemeinerung und „Vereinheitlichung der kapitalistischen Produktion“ und ein Funktionsverlust des Nationalstaats resultieren hieraus (Parvus 1896, 198). Parvus tritt entschieden für den Freihandel ein und beschreibt die Einführung von Schutzzöllen oder protektionistischen Handelshemmnissen als Partikularinteressen bestimmter Gruppen. Aus Sicht des Kapitals ist Freihandel für die kapitalistische Entwicklung

<sup>27</sup> Kautskys Theorie einer Evolution des Kapitalismus hin zu einer ultraimperialistischen Phase korreliert mit seinen historisch-politischen Vorstellungen der Entstehung des Sozialismus als einem organischen Entwicklungsprozess aus dem Kapitalismus heraus. Letzterer erhält im Laufe der Zeit (auch aufgrund liberal-demokratischer Reformen und wohlfahrtstaatlichen Einrichtungen) eine progressivere Form. Kautsky antizipiert dementsprechend in der Entstehung des Völkerbundes der 1920er eine Grundlage der Pazifizierung der Welt.

optimal (ebd., 824).<sup>28</sup> Seine Schlussfolgerungen ähneln denen Kautskys: „Um in diesem gewaltigen Wettkampf [auf dem Weltmarkt] bestehen zu können, ist für Westeuropa der Freihandel eine unerläßliche Bedingung [...] Europa leidet mehr denn je an der Kleinstaaterei [...] Es ist der Fluch der politischen Tradition. Mit dieser würde der Freihandel allerdings aufräumen, er würde große nationale Komplexe schaffen, er führt zu den Vereinigten Staaten Europas“ (Parvus 1900/1901, 784).

### 2.2.2. Lenin/Bucharin: Die innerimperialistischen Widersprüche

Im Gegensatz zu Kautsky beschreiben Lenin und Bucharin die Vorstellung eines Ultraimperialismus als eine nicht-realisierte Utopie. Lenins zentraler Gedanke, die ungleiche Entwicklung der Produktivkräfte, hebt hervor, dass durch die Vielfalt in den Voraussetzungen der verschiedenen Länder (natürliche Bedingungen, staatliche Interventionen, bisherige industrielle Entwicklung, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen) die Entwicklung der Kapitalismen in unterschiedlicher Geschwindigkeit und Intensität erfolgt (vgl. Lenin 1971). Nicht nur Länder bewegen sich in unterschiedlichem Tempo, sondern auch die verschiedenen Sektoren und Märkte innerhalb eines Landes.

---

<sup>28</sup> Auch der bekannte Theoretiker der SPD, Eduard Bernstein, bezieht sich positiv auf das Freihandelssystem. Es ist diesem die Friedenspolitik inhärent, wie Bernstein am Beispiel der Entwicklung Großbritanniens argumentiert: „Zunächst sind die Kriege, die England geführt hat, seit es in der Mitte des 19. Jahrhunderts zum Freihandel überging, nicht Ausflüsse seiner Handelspolitik, sondern Ausflüsse einer Kolonial- und Weltpolitik gewesen, die von der Partei des Freihandels stets bekämpft wurde. [...] Eine Parallelität, die nur die natürliche Folge des Umstandes ist, dass dem Freihandel die Friedenspolitik als notwendige Tendenz innewohnt. Wer die Zollschranken zwischen den Nationen niederreißen will, muss auch Ungleichheiten im Recht der Staaten und Völker bekämpfen, die zu Kriegen Anlass geben und sie für den Sieger vorteilhaft gestalten. Wo keine Zollschranken sind, verliert das Streben nach Angliederung fremder Landesteile seine Zugkraft im Volke, es sei denn, dass es sich dabei um die Befreiung unterdrückter Volksgenossen handelt“ (zit. in: Czempel 1998, 289 f.).



Auch wenn auf internationaler Ebene monopolistische Strukturen entstehen, stabilisieren diese keineswegs die Weltwirtschaft: „[E]ine Aufteilung der Welt unter [...] Trusts schließt natürlich eine Neuaufteilung nicht aus, sobald das Kräfteverhältnis – infolge der ungleichmäßigen Entwicklung [...] sich ändert“ (Lenin 1977, 252). Für Lenin sind internationale Zusammenschlüsse nicht friedenssichernd. Sie zeigen eher an, bis zu welchem Grad die Monopole anwachsen können. Diese Kartelle sind nur der „Form“ nach friedlich, vom „Inhalt“ her geht es um die Aufteilung der Welt (ebd., 257). Im monopolistischen Stadium des Kapitalismus, wenn die territoriale Aufteilung abgeschlossen ist, kann diese friedliche Form der Konkurrenz auch die Form des Krieges annehmen. Zwar neigt die Weltwirtschaft – wie von Kautsky behauptet – abstrakt betrachtet in Richtung Weltmonopol oder Weltkartell, aber nur als eine Tendenz, die sich nie vollständig realisieren lässt. Die Konkurrenz im Kapitalismus kann nicht abgeschafft werden (ebd., 276). Im Gegenteil verstärken das Finanzkapital und die Monopole die Ungleichmäßigkeiten im Wachstum und die Widersprüche innerhalb der Weltwirtschaft, anstatt sie abzuschwächen. Auch die Betonung des Drangs nach agrarischen Gebieten im Werk Kautskys wird als einseitig kritisiert: Für imperialistische Staaten ist „gerade das Bestreben charakteristisch, *nicht nur* agrarische Gebiete, sondern sogar höchst entwickelte Industriegebiete zu annektieren“, auch und gerade, um ihrem Streben nach „Hegemonie“ zu entsprechen, „nicht so sehr direkt für sich als vielmehr zur Schwächung des Gegners und Untergrabung *seiner* Hegemonie“ (ebd., 273).

Ultraimperialistische Bündnisse sind in der kapitalistischen Wirklichkeit nur temporär vorstellbar, unabhängig davon, „in welcher Form diese Bündnisse geschlossen werden, ob in der Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition oder in der Form eines allgemeinen Bündnisses aller imperialistischen Mächte. Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf ein und demselben Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und Weltpolitik“ (ebd., 301).

Diese Analyse, der zufolge der Imperialismus ein spezifisches Stadium der kapitalistischen Entwicklung markiert, die strukturell von scharfen Staatenkonflikten geprägt ist, wird in ihrer anspruchsvollsten Version von Nikolai Bucharin in seiner Schrift *Imperialismus*

*und Weltwirtschaft* (1915/1969) vorgelegt. Sie wird im Folgenden etwas genauer erörtert, weil sie beinahe in Vergessenheit geraten ist.

Während bei Hilferding die Erklärung für die imperialistische Politik aus den Strukturveränderungen der verschiedenen *nationalen* Kapitalismen erfolgt, die er wiederum aus dem Zusammenwirken der Einzelkapitalien analysiert, ist es für Bucharin eine Frage der „Tendenzen der Weltwirtschaft und der wahrscheinlichen Veränderungen in ihrer inneren Struktur“ (Bucharin 1969, 16). Nicht die Summe der verschiedenen nationalen Kapitalismen bildet den Weltmarkt, sondern letzterer ist per Definition international und eine eigene wirtschaftliche Entität, ein widersprüchliches Ganzes, das mehr als die Summe seiner Teile repräsentiert. Das extensive und intensive Wachstum der Weltwirtschaft wird hervorgerufen durch die Entwicklung der Produktivkräfte und die Herausbildung einer internationalen Arbeitsteilung; als Voraussetzungen für letzteres gelten das „Vorhandensein eines Weltmarktes und von Weltpreisen“ (ebd., 22). Analog zu der von Marx analysierten gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der ungleichen Entwicklung von Stadt und Land bildet sich mit der internationalen Arbeitsteilung bei Bucharin ein hierarchisch strukturierter Weltmarkt heraus, in dem die Agrarstaaten hauptsächlich als Rohstofflieferanten für die entwickelten Länder dienen (ebd., 17 ff.).

Bucharin versucht einen Perspektivenwechsel in der marxistischen Theorie durchzuführen, indem er den Weltmarkt zum theoretischen Ausgangspunkt seiner Analyse macht, und in der er die Beeinflussung der nationalstaatlichen Entwicklung durch den Weltmarkt und nicht nur die Weltmarktverformungen durch nationale Strukturveränderungen untersucht. Bucharin analysiert daraufhin zwei miteinander verbundene, aber sich gleichzeitig widersprechende Tendenzen – die *fortschreitende Internationalisierung des Kapitals* und die *progressive nationale Organisation und Integration des Kapitals* –, die zur Konkurrenz staatlich protegierter Kapitalismen führen. Er spricht dabei der letzteren Tendenz eine dominierende Rolle zu, so dass sie den Internationalisierungsprozess letztlich beschränken kann und eine Welt der immanenten, bis zum Weltkrieg eskalierenden Rivalität entstehen lässt.

Das Wachstum der Weltwirtschaft bringt eine Verdichtung der Produktionsverhältnisse zwischen den verschiedenen Ländern mit sich. Dieser Prozess ruft neue wirtschaftliche Gebilde ins Leben – nicht nur internationale Kartelle und Trusts, sondern auch interna-

tionale Institutionen und politische Abkommen. In diesen Erscheinungen drückt sich die Internationalisierung des Kapitals aus. Sie bleibt jedoch fragil, da der „Prozess der Internationalisierung des Wirtschaftslebens [...] keineswegs mit einem Prozess der Internationalisierung der kapitalistischen Interessen identisch“ ist (Bucharin 1969, 63). Auf nationaler Ebene bildet sich die Gegentendenz heraus: Die nationalen Monopole als logische Fortsetzung des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses unterhöheln den Prozess der Internationalisierung des Kapitals durch ihre vorwiegend nationale Organisationsform. Bucharin hält die internationalen Zusammenschlüsse für instabil, weil sie zu einem meist auf bestehenden nationalen Monopolen aufbauen und zum anderen durch die ungleiche Entwicklung der einzelnen Einheiten sich das Kräfteverhältnis innerhalb der internationalen Zusammenschlüsse beständig verschiebt. Die Produktivitätsunterschiede der verschiedenen nationalen Kapitale erhöhen die Instabilität der internationalen Zusammenschlüsse außerdem. Zusätzlich garantiert die Verbundenheit der Monopole mit dem Nationalstaat ihnen im Inland zusätzliche Profite.

Motor dieser Entwicklung ist die krisenhafte Kapitalakkumulation. Anknüpfend an die Marxsche These, der zufolge sich die inneren Widersprüche durch die Ausdehnung des äußeren Feldes der Produktion auszugleichen suchen, erörtert Bucharin den ökonomischen Druck in Richtung auf den Kapitalexport: „Nicht die Unmöglichkeit einer Betätigung innerhalb des Landes also, sondern die Jagd nach einer höheren Profitrate ist die Triebkraft des Weltkapitalismus [...] Eine niedrigere Profitrate treibt die Waren und Kapitals immer weiter von ihrem ‚Vaterlande‘ weg. Aber dieser Prozess spielt sich gleichzeitig in verschiedenen Teilen der Weltwirtschaft ab. Die Kapitalisten der verschiedenen ‚nationalen Wirtschaften‘ stoßen hier als Konkurrenten aufeinander, und je größer das Wachstum der Produktivkräfte des Weltkapitalismus ist, je intensiver die Zunahme des Außenhandels, desto schärfer wird der Konkurrenzkampf“ (ebd., 90). Die Überakkumulation von Kapital im Inneren führt zum Kapitalexport und zur Schutzzollpolitik. Das Kapital ist auf den staatlichen Schutz angewiesen. Verschärft wird dieses Bedürfnis noch durch die Tatsache, dass nicht mehr nur zirkulierendes Kapital, sondern Massen von fixem Kapital (Eisenbahnen, große Plantagen, Elektroanlagen) im „fremden Land“ angelegt werden (ebd., 110). Drei Hauptmotive des hiermit verbundenen Interesses an Eroberungspolitik werden von Bucharin

aufgezeigt – die Verschärfung der Konkurrenz um Absatzmärkte, um Rohstoffmärkte und um Sphären für Kapitalanlagen.

Der Imperialismus ist als Politik des Finanzkapitals zu bezeichnen. Die Herrschaft innerhalb der fortgeschrittenen Länder wird durch eine Finanzoligarchie ausgeübt, die die Produktion, welche durch die Banken in einem Knotenpunkt zusammengefasst wird, leitet. Ein nationaler Raum wird angestrebt, der ein möglichst großes Wirtschaftsgebiet umfasst, das sowohl mehr agrarische Gebiete als auch Rohstoffmärkte sowie erweiterte Absatzmärkte und Sphären der Kapitalanlage zu einem Ausbeutungsgebiet der nationalen monopolistischen Vereinigungen zusammenführt. Schutzzollmauern halten dieses Gebiet gegen die ausländische Konkurrenz abgeschlossen und ermöglichen Extraprofite. Volkswirtschaften verwandeln sich in eine Art „national-staatlichen Trust“. Ideologischer Ausdruck hiervon ist ein wachsender Nationalismus, die Hingabe des „Einzelinteresses“ an ein höheres „Gesamtinteresse“, in der die Klassengegensätze „aufgehoben“ werden sollen im Dienste der „Gesamtheit“ zwecks Erreichung des Zieles nationaler Größe (ebd., 119 f.). Bucharin analysiert Tendenzen zur Verschmelzung von Staat und Kapital und führt sie zu ihrem logischen Schlusspunkt. Moderne Staaten sind keine unabhängigen Institutionen, sondern Ausdruck wirtschaftlicher Entwicklungen: „Der Prozess der Schaffung moderner Staaten als einer besonderen politischen Form ist selbst durch wirtschaftliche Bedürfnisse und Nöte hervorgerufen worden [...] der staatliche Zusammenschluss war nur ein Ausdruck des wirtschaftlichen Zusammenschlusses“ (ebd., 67). Mit der gesteigerten Bedeutung des Staates wird dieser „in einem größeren Maße als je zum geschäftsführenden Ausschuss der herrschenden Klassen“. Zwar hat die Staatsmacht stets die Interessen der Oberschichten vertreten, diese stellten aber eine „formlose Masse“ dar. „Der Staatsapparat verkörpert gegenwärtig nicht nur die Interessen der herrschenden Klassen im allgemeinen, sondern auch ihren kollektiv entstandenen Willen“ (ebd., 143). Am Ende der Konzentrationsprozesse verwandelt sich die gesamte nationale Wirtschaft in einen gewaltigen, kombinierten Trust aus Finanzkapital und Staat – den „staatskapitalistischen Trust“ (ebd., 131 ff.). Die Bildung von staatskapitalistischen Trusts zeitigt radikale Folgen: die Konkurrenz auf dem Binnenmarkt wird minimiert bzw. aufgehoben, um schließlich auf einer höheren Stufe – als Konkurrenz der staatskapitalistischen Trusts auf dem Weltmarkt – weitergeführt zu werden. Genauso wie ein Trust vorgelagerte Produktionsstufen integriert, hat der staatskapitalistische Trust die

Tendenz, ganze Länder – und dies beschränkt sich nicht nur auf agrarische Länder – als Ergänzung zu erobern. Alle Widersprüche, die im nationalen Kapitalismus vorhanden sind, werden auf weltweiter Ebene reproduziert (ebd., 134).

Zusammengefasst besitzt der Imperialismus seine Hauptantriebskräfte im Kampf um die globalen Absatz-, Kapital- und Rohstoffmärkte und im „Konflikt zwischen dem [sich internationalisierenden] Wachstum der Produktivkräfte und der nationalen Beschränktheit der Organisation der Produktion“ (ebd., 114). Dabei wird die imperialistisch-kriegerische Staatenkonkurrenz als Sonderfall der Konkurrenz beschrieben. Sollte es zum offenen Kampf unter den staatskapitalistischen Trusts kommen, wird dieser nun durch das Verhältnis ihrer militärischen Mittel entschieden.

### 2.2.3. Angell/Carr/Morgenthau: Idealismus und Realismus in der Disziplin der Internationalen Beziehungen

Philosophische Reflexionen und historische Abhandlungen über zwischenstaatliche Beziehungen sind seit Jahrhunderten betrieben worden – beispielsweise von Thukydides, Aristoteles, Machiavelli, Grotius, Hobbes oder Kant. Zur eigenständigen wissenschaftlichen Disziplin entwickelt sich die Analyse der internationalen Beziehungen erst nach 1919 (vgl. Czempiel 1965). In den ersten Jahrzehnten prägen zwei Strömungen, der *Idealismus* und der *Realismus*, die Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB), die im Folgenden, idealtypisch, vorgestellt werden.

Vorherrschend sind bis 1919 machtpolitisch-realistische Ideen, gewissermaßen als Repräsentanten des „Neomachiavellismus“, der in der Krise des Liberalismus Ende des 19. Jahrhunderts seinen Siegeszug angetreten hatte. Die Strömung des Idealismus, die den Trend in Richtung einer „Weltgesellschaft“ beschreibt, kann jedoch nach 1919 zeitweise eine führende Rolle in der Disziplin der IB einnehmen. In den 1930ern schiebt sich schließlich wieder das Bild der Welt als anarchischem System, der ein zentrales Sanktionsinstrument fehlt – und damit der „realistische“ Begriff der Macht – in den Vordergrund.

Beide Strömungen verbindet die Überzeugung, dass internationale Politik grundsätzlich von der Innenpolitik unterschieden werden

muss, da sie in anarchische und nicht in hierarchische Strukturen eingebettet ist. Es besteht *über* den zentralen Akteuren keine zentrale Autorität wie innerhalb eines Staates – jeder Staat muss sich daher selbst um seine Sicherheit kümmern. Bei der Frage, wer die Akteure sind, die die internationale Politik beeinflussen, unterscheiden sich die beiden Denkschulen jedoch. Der Idealismus betrachtet die „Gesellschaften“ als zentrale Akteure, die im internationalen System durch Staaten vertreten werden. Die grundlegenden Normen und Werte der Gesellschaften beeinflussen die Staatsführung – daher auch besteht die Möglichkeit, die anarchischen Strukturen zu überwinden. Im Realismus steht der rational handelnde Staat im Mittelpunkt, der über das Gewaltmonopol verfügt. Aufgrund der anarchischen internationalen Struktur müssen Staaten zwangsläufig Machtpolitik betreiben und werden sich dabei auch über grundlegende innergesellschaftliche Normen und Werte hinwegsetzen.<sup>29</sup>

Der Idealismus stellt eine auf gesellschaftliche Fortschrittsannahmen basierende Theorie dar, der zufolge die Rivalitäten im internationalen System durch eine bewusste Aufarbeitung ihrer Ursachen beseitigt werden können. Dies wiederum setzt ein Vertrauen auf die Durchsetzungsfähigkeit der menschlichen Vernunft voraus. Ökonomisch wird mit diesen Vorstellungen in der Regel ein liberal-marktwirtschaftliches Modell verbunden. Es wird davon ausgegangen, dass eine arbeitsteilig und freihändlerisch organisierte Weltwirtschaft die Grundlage für eine dauerhafte Friedensordnung bilden kann. Als ein Klassiker des Idealismus in der Tradition Kants (vgl. Kant 1996) kann die Schrift *Die große Täuschung* (1910) von Norman Angell angesehen werden. Zentrale Thesen seiner Arbeit sind die sich selbst regulierende Gesellschaft und die Aussicht auf ein funktionierendes Rechtssystem. Eine Weltregierung hält er weder für nötig noch für wünschenswert. Vor dem Hintergrund des deutsch-britischen Wettübens polemisiert Angell gegen die Auffassung, dass militärische Stärke als Garant für Sicherheit und Wohlstand dient und

<sup>29</sup> Am ehesten noch kann eine Politik des „Mächtegleichgewichts“ Kriege verhindern, so die Realisten. Der Idealismus hingegen sieht in der Demokratisierung der Staaten die größte Chance, den Frieden dauerhaft zu sichern (vgl. Zangl/Zürn 2003, 25-37). Zudem werden politische Hoffnungen in den Völkerbund gesetzt. Der Völkerbund soll dazu beisteuern, das Prinzip der nationalen Souveränität durch das Prinzip der kollektiven Sicherheit zu überlagern.

umgekehrt jede Nation daher gezwungen ist, „sich gegen die eventuelle Habgier des Nachbarn zu schützen“ (Angell 1910, VII). Militärische oder politische Übermacht verschafft keinen „kommerziellen Vorsprung“, ebenso wenig territoriale Gebietserweiterungen.

Der Krieg als solches erscheint irrational. Vernünftig und im Interesse der englischen „Nation“, Angell spricht nicht explizit von Gesellschaft, kann nur die Vermeidung des Krieges sein, auch wenn unter den gegebenen Umständen nicht einseitig abgerüstet werden darf, so der Autor (ebd., 244). Im Windschatten der großen Kriegsrüstungen haben sich kleinere Staaten wie Belgien oder Norwegen ökonomisch entwickelt. Die Anlagen erfahrener Finanziers in diesen Nationen entkräften die Vorstellung, dass Sicherheit mit militärischer Sicherheit korrelieren müsse (ebd., 27 f.). Gerade in „unverteidigten Nationen“ kann ökonomische Verwertung erfolgreich gelingen. Das Militär sollte sich stattdessen darauf konzentrieren, ähnlich der Polizei im Inneren, auf der internationalen Ebene Aktionen der Selbstjustiz vorzubeugen, worunter auch britische Interventionen in Indien zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ fallen.

Der Erste Weltkrieg wird seitens des Idealismus als Resultat „realistisch“ geprägter Machtpolitik verstanden, aufgrund derer die einzelnen Großmächte jeden Machtzugewinn einer anderen Macht als Bedrohung wahrnahmen. Der relative Machtgewinn des Deutschen Reichs wurde in Großbritannien als Drohung bewertet und mit einer Allianzbildung (mit Frankreich, später Russland) beantwortet. Das Deutsche Reich, das sich nur auf das Bündnis mit Österreich-Ungarn stützen konnte, sah sich gezwungen, eine noch rücksichtslosere Machtpolitik zu betreiben. Die Spirale wechselseitiger Bedrohungen mündete schließlich im Krieg. Aufgrund der internationalen, gegenseitigen Abhängigkeit insbesondere der Finanzsphären ist allerdings eine Voraussetzung für das Schwinden der Rivalitäten zwischen Staaten entstanden. Einen Ausweg sieht Angell allerdings solange nicht in herkömmlichen politischen Übereinkommen, wie „die bestehende Ordnung und die ihr zugrunde liegenden Ideen unverändert bleiben“ (ebd., 270).<sup>30</sup>

---

<sup>30</sup> Vielmehr muss ein über die Grenzen hinweg geförderter geistiger Fortschritt in Richtung eines „allgemeinen politischen Rationalismus“ angestrebt werden (Angell 1910, 271). Dieser wird nur weitertreiben, was ohnehin schon im Hintergrund wirkt: der Fortschritt des Geistes, der mit

Der Realismus in der Disziplin der IB reagiert vor dem Hintergrund der krisenhaften 1930er Jahre, des Scheiterns des Völkerbundes, des Aufstiegs des Faschismus und der Sowjetunion auf die idealistische Herausforderung. Edward H. Carr kritisiert in seinem Buch *The Twenty Years' Crises 1919-1939* (1939/1948) das Fehlen des Faktors der „Macht“ in der Theorie.

In der Tradition eines Machiavelli oder Hobbes, aber auch eines gegen den Fortschrittsglauben gerichteten Denkers wie Nietzsche, heben die Realisten die kalte Wirklichkeit in den internationalen Beziehungen hervor. Den Idealisten bzw. „Utopisten“ wirft man vor, Illusionen über die Realität zu verbreiten. Wissenschaft darf nicht allein auf noblen Zielsetzungen beruhen, man muss lernen zu unterscheiden zwischen dem, was sein soll, und dem, was ist (Carr 1948, 8). Dabei wendet sich Carr gegen die im 19. Jahrhundert entstandene Idee der „Harmonie“ der Interessen, die in der klassischen politischen Laissez-faire-Ökonomie Adam Smiths ihren Ausgang nahm und zudem eine falsche Entgegensetzung von Politik und Ökonomie beförderte (ebd., 114 f.). Die Ökonomie kann nur als Teil der Politik verstanden werden, ökonomische Kräfte sind gleichermaßen politische Kräfte. Ökonomische „Waffen“ wie der Kapitalexport werden als Instrumente nationaler Politik eingesetzt (ebd., 124 f.). Carrs Ansicht zufolge sind die idealistisch-internationalistischen Stellungnahmen des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson der propagandistisch genutzte Ausdruck des nationalen Interesses der Vereinigten Staaten: „What matters is that these supposedly absolute and universal principles were not principles at all, but the unconscious reflexions of national policy based on a particular interpretation of national interest at a particular time“ (ebd., 87).<sup>31</sup>

einem Bedeutungsverlust der Gewaltanwendung einhergeht (ebd., 187). Angell glaubt an eine veränderliche Natur des Menschen, deren Struktur durch den Fortschritt des Geistes positiv geformt werden kann.

<sup>31</sup> Dennoch sollte politisches Denken auch Elemente des „Utopismus“ enthalten (Carr 1948, 93 f.). Carr strebt eine Synthese von Moral und Macht an. Dabei fragt er sich, ob nicht zukünftig neue Einheiten jenseits des Nationalstaates zum Machträger werden können und ob diese notwendigerweise einen territorialen Charakter besitzen müssen (ebd., 228).



Zu dem wahrscheinlich wichtigsten wissenschaftlichen Exponenten des klassischen Realismus in den IB wird Hans J. Morgenthau.<sup>32</sup> Morgenthau bezeichnet den Idealismus in seinem Buch *Macht und Frieden* (1948/1963) als eine der zwei vorherrschenden Schulen des modernen Denkens. Diese gründet jedoch auf einer falschen Setzung, der zufolge die menschliche Natur „dem Wesen nach gut“ ist (Morgenthau 1963, 48). Weil das Bürgertum im 19. Jahrhundert schlechte Erfahrungen mit der Herrschaft des Adels über das Bürgertum machte, stand Letzteres jeder Art von Machtpolitik ablehnend gegenüber. Die Philosophie des 19. Jahrhunderts reflektiert dies teilweise, so Morgenthau. Vor allem die Liberalen waren der Auffassung, Machtpolitik und Krieg wären „Überreste eines überholten Regierungsystems“, und hofften darauf, dass mit dem „Sieg von Demokratie und konstitutioneller Regierung über Absolutismus und Autokratie, internationale Harmonie und dauerhafter Friede“ triumphieren würden (ebd., 75).

Im Mittelpunkt steht für den „politischen Realismus“, so Morgenthaus Selbstbezeichnung, folgende Feststellung: „Da Machtstreben das Merkmal internationaler Politik wie aller Politik ist, muss internationale Politik zwangsläufig Machtpolitik sein“ (ebd., 74). Dabei setzt er sich vom Machtbegriff des Marxismus ab, den er durch das Ziel des ökonomischen Zugewinns charakterisiert. Machtinteressen unterscheiden sich von wirtschaftlichen Interessen. „In der Blütezeit des Kapitalismus wurde jedoch mit Ausnahme des Burenkriegs von den Großmächten kein einziger Krieg ausschließlich oder auch nur überwiegend aus wirtschaftlichen Gründen geführt“ (Morgenthau 1963, 91). Sowohl der deutsch-französische Krieg 1870 als auch die beiden Weltkriege waren „politische Kriege“, Kriege mit dem Ziel einer neuen Machtverteilung: „Was der vorkapitalistische Imperialist, der kapitalistische Imperialist und der ‚imperialistische‘ Kapitalist wollen, ist Macht, nicht wirtschaftlicher Gewinn“ (ebd., 93). Imperialistische Politik wird von den Regierungen geplant, die „sodann die Kapitalisten zu ihrer Unterstützung aufforderten. Das

<sup>32</sup> Bis in die 1970er Jahre verfasst Morgenthau zahlreiche Arbeiten, in denen er die amerikanische Außenpolitik, aber auch allgemein die Entwicklung der internationalen Beziehungen anhand seiner theoretischen Prämissen analysiert und die jeweiligen Regierungen stellenweise kritisiert, wenn er idealistische oder moralisierende Elemente zu finden glaubt (vgl. Jacobs 2003, 41).

Zeugnis der Geschichte deutet somit auf den Primat der Politik über die Wirtschaft hin“ (ebd., 93). Er gibt Schumpeter recht, der die These der „Herrschaft des Financiers über die Außenpolitik“ als ein „Zeitungsmärchen“ charakterisiert (zit. in: ebd., 93). Die Kapitalisten „als Gruppe“ waren immer gegen den Krieg, wie Morgenthau an dieser Stelle ebenso Norman Angell beipflichtet, denn nur im Frieden sind „rationale“ Vorausberechnungen möglich.

Morgenthau politischer Realismus orientiert sich an dem „im Sinne von Macht verstandene Begriff des Interesses“ (ebd., 50), weil Politik von objektiven Gesetzen beherrscht wird, deren Ursprünge in der menschlichen Natur liegen. Staatsmänner handeln im Sinne eines als Macht verstandenen Interesses, auch wenn deren Motive oft bis zur Unkenntlichkeit von den Interessen und Gefühlsregungen der Handelnden und historischen Zufällen verzerrt werden. Macht gilt als Herrschaft von Menschen über das Denken und Handeln anderer Menschen, welche von Gewalt im physischen Sinne zu unterscheiden ist. Insofern stellt politische Macht eine psychologische Beziehung dar. Der „Kampf um Macht“ besitzt „universellen Charakter in Zeit und Raum“ und stellt „eine unwiderlegliche Erfahrungstatsache dar“ (ebd., 75). Letztlich sind hierfür „biopsychologische Triebkräfte“ des Menschen verantwortlich: „Der Trieb zu leben, sich fortzupflanzen und zu herrschen, ist allen Menschen gemeinsam“ (ebd., 76). Morgenthau leitet diese These aus dem menschlichen Alltagsverhalten ab: „Das Streben nach Herrschaft ist ein Merkmal, das allen menschlichen Gemeinschaften eigen ist, von der Familie über Verbände von Berufs- und Gesinnungsgenossen und lokalen politischen Organisationen bis zum Staat. In der Familie ist der typische Gegensatz zwischen der Schwiegermutter und der Gattin ihres Sohnes dem Wesen nach ein Kampf um Macht, die Verteidigung einer überkommenen Machtstellung gegen den Versuch, eine neue zu errichten. Dieser Gegensatz nimmt den Konflikt vorweg, der auf internationaler Ebene zwischen der Politik des status quo und der Politik des Imperialismus besteht. [...] – überall versucht der Mensch, Macht über andere Menschen zu bewahren oder zu begründen“ (ebd., 76 f.).

Morgenthau vertieft seine Thesen in einer Untersuchung der Grundstrukturen der Politik im Inneren wie im Äußeren. Politik sucht, entweder Macht zu erhalten, und verfolgt dann eine „Politik des Status quo“, oder Macht zu vermehren, dies führt dann zu einer „Politik des Imperialismus“, oder Macht zu demonstrieren, sie

betreibt dann „Prestigepolitik“ (ebd., 81). Politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Politik des Imperialismus unterscheiden sich von den Maßnahmen gegenüber der Politik des Status quo. So bezeichnet Morgenthau die angeblich durch den Idealismus geprägte Appeasement-Politik der Alliierten vor 1938 als schweren Fehler (ebd., 106). Anstatt durch den Machtzuwachs des Deutschen Reichs aufgeschreckt zu werden und diesem entschieden entgegenzutreten, hatten sich die USA, Frankreich und Großbritannien zurückgehalten. Das hierdurch veränderte Kräftegleichgewicht veranlasste das Deutsche Reich noch weiter in die Offensive zu gehen und schließlich den Krieg zu beginnen. Weil im internationalen System im Vergleich zum Inneren eines Staates anarchische Strukturen vorliegen, kann sich der Machtkampf zwischen Staaten umso ungehemmter entfalten. Daher kann eine nationale Macht, und ist sie noch so ausschlaggebend, sich niemals in Sicherheit wiegen, weil es kein dauerhaftes Gleichgewicht der Kräfte gibt. Dies liegt in drei Tatsachen begründet: *Erstens* in der „Ungewissheit“ des Gleichgewichts der Kräfte: Machtberechnung ist nicht einfach quantifizierbar, insbesondere dann, wenn sich nicht mehr nur einzelne Staaten, sondern Bündnisse gegenüberstehen. *Zweitens* erscheint das Gleichgewicht der Kräfte „unwirklich“: „Eine Nation muss somit versuchen, zumindest einen Sicherheitsabstand zu wahren, der es ihr gestattet, Fehlkalkulationen aufzustellen und trotzdem das Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten. Zu diesem Zweck müssen alle Nationen [...] nicht nur Gleichgewicht [...] sondern Überlegenheit ihrer Macht anstreben“ (ebd., 184). Kriege sind besonders dann wahrscheinlich, wenn das Mächtegleichgewicht gestört wird. *Drittens* informiert das Gleichgewicht der Kräfte zugleich nur „unzulänglich“: „Das Vertrauen in die Stabilität des modernen Staatensystems [...] entspringt nicht dem Gleichgewicht der Kräfte, sondern einer Anzahl von geistigen und sittlichen Faktoren“ (ebd., 194).<sup>33</sup>

---

<sup>33</sup> Weil es im Realismus darum geht, „hinter dem Deckmantel der Ideologie die wahre Natur einer Außenpolitik zu erkennen“ (Morgenthau 1963, 112), darf sich der Analyst nicht auf vordergründige Stimmungen verlassen. „Vernünftige“ Außenpolitik muss dies anerkennen. Weil der Kampf um Macht im anarchischen internationalen System als eine Konstante besteht, die nicht exakt gemessen werden kann, sind die Versuche der Herstellung eines machtpolitischen Gleichgewichts in der Regel zum Scheitern verurteilt. Die einzige Lösung liegt im moralischen, verantwortungsbewussten Umgang mit Macht, dessen Instrument die Diplomatie ist (ebd., 471 ff.).

Aus all dem folgert Morgenthau ein Primat der Außenpolitik über die Innenpolitik und zum anderen ein Primat der Sicherheitspolitik über die Wirtschafts- aber auch Menschenrechtspolitik. Jeder Staat, der auf Machtpolitik verzichtet, wird letztlich zum Opfer der Machtpolitik anderer Staaten, deshalb müssen *alle* Staaten andere Interessen dem Interesse des Machterhalts unterordnen. Dementsprechend qualifiziert er die Idee eines Weltstaates als utopisch-idealistisch ab (ebd., 426). Am Beispiel der Entstehung der Vereinigten Staaten setzt er sich kritisch mit den Ideen der „Weltgemeinschaft“ auseinander. Im Gegensatz zur Vorstellung der Idealisten, die in den Vereinigten Staaten eine Art Modell für eine zukünftige staatliche Weltvereinigung sehen, argumentiert er: „Als die verfassungsgebende Versammlung 1787 zusammentrat, waren die 13 Staaten mehr dem Namen nach souverän als in der politischen Wirklichkeit. Sie bildeten nicht 13 getrennte Staaten, die sich zu einem einzigen verschmelzen wollten [...]. Durch Gründung der Vereinigten Staaten tauschten sie eine Souveränität, nämlich die der britischen Krone, gegen eine andere ein. Und sie ersetzten eine gemeinsame Bindung durch eine andere gemeinsame Bindung. [...] Die Gemeinschaft des amerikanischen Volkes ist älter als der amerikanische Staat, wie eine Welt-Gemeinschaft vor einem Welt-Staat existieren muss“ (ebd., 433). Auch internationale Organisationen können keine nachhaltige Harmonie erzeugen. Sie lassen sich vielmehr als Instrumente zur Machterhaltung starker Staaten verstehen. Daher sind sie auch nur solange wirksam, wie sie von dominierenden Machtinteressen getragen werden. Weil beispielsweise hinter dem Völkerbund keine derartigen Machtinteressen mehr standen, ging dieser spätestens in den 1930ern in der Bedeutungslosigkeit unter.